

# FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht

## Marktwirtschaft reparieren



Was ist aus der Sozialen Marktwirtschaft geworden?  
CO<sub>2</sub>-Dividende als Einstieg ins Ökologische Grundeinkommen  
Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden

# Die unsichtbare Hand des Marktes

In seiner »Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker« beschrieb der schottische Moralphilosoph und Nationalökonom Adam Smith (\* 1723, † 1790) einst eine »unsichtbare Hand«, von der jeder Wirtschaftsteilnehmer geleitet werde: »Indem er seine eigenen Interessen verfolgt, fördert er oft diejenigen der Gesellschaft auf wirksamere Weise, als wenn er tatsächlich beabsichtigt, sie zu fördern.« Die beiläufig erwähnte »unsichtbare Hand« hat es zu einem Grundbegriff der klassischen Nationalökonomie gebracht, durch den die Selbststeuerung der Wirtschaft über Angebot und Nachfrage auf dem Markt veranschaulicht wird.

Einer solchen Marktwirtschaft, die sich über Angebot und Nachfrage frei entwickelt und zugleich sowohl die Bedürfnisse der Menschen befriedigt als auch den allgemeinen Wohlstand mehrt, hatte sich auch Silvio Gesell verschrieben. Gesell erkannte jedoch, dass ungleichgewichtige Marktverhältnisse aus einer Marktwirtschaft unmerklich eine kapitalistische Wirtschaft machen. Das herkömmliche Geld begründete für ihn dabei das Urkapital, welches für den Bau von Mietshäusern, Fabriken, Schiffen usw. unbedingt benötigt, aber nur hergegeben wird, wenn diese den gleichen Zins abwerfen wie das Geld selbst – sonst unterbleiben solche Investitionen.

Das herkömmliche, zinstragende Geld begründet also den Kapitalismus mit seinen Umverteilungsmechanismen und verhindert eine faire Marktwirtschaft. Die Menschen passen sich an diese Verhältnisse an und das Soziale verkümmert immer mehr. Gefährlich wird es, wenn das Wirtschaftswachstum lahmt: Die Last von Zins und Zinseszins wächst dann trotz-

dem. Das trifft besonders Menschen, die wenig verdienen, aber unter dem Strich mehr Geld für Zinsen ausgeben. Sie verarmen.

Prof. Dr. Jürgen Kremer, Mathematiker am RheinAhrCampus Remagen, nannte das die »andere unsichtbare Hand des Marktes«, die über das Zinssystem unmerklich und unaufhaltsam den Wohlstand verschiebt – von Arm zu Reich. Ein Bestreben der INWO war es immer, diese »andere unsichtbare Hand« zu thematisieren und sichtbar zu machen, damit Menschen den monetären Mechanismus erkennen, der so tief in unsere Gesellschaft hineinwirkt. Unser Ziel ist es, dem Geld und mit ihm den anderen Wirtschaftsgütern ihren Kapitalcharakter zu nehmen. Geld soll als neutrales Tauschmittel dienen. Negativzinsen auf Bargeld können dies bewirken. Daher freuen wir uns, dass nun auch beim Internationalen Währungsfonds die Implementierung effektiver Negativzinsen untersucht wird. Neben der Reform der Bodenordnung wäre das die wichtigste Maßnahme, um die Marktwirtschaft zu »reparieren« und sozialer zu machen.

Beate Bockting



Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

## Inhalt

- 3 Helmut Creutz:  
Was ist aus der Sozialen Marktwirtschaft geworden?
- 4 Interview mit Oliver Richters zum Buch  
»Marktwirtschaft reparieren«
- 6 Klaus Willemsen: CO<sub>2</sub>-Dividende als Kopfpauschale
- 8 Julian Dörr und Maximilian Kutzner: Entstehung der  
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
- 10 Thomas Kubo: »Das Geld-Syndrom« in Zeiten  
niedriger Zinsen
- 12 Felix Fuders & Beate Bockting:  
Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden
- 17 Ankündigung Seminarreihe »Wirtschaft und Gesellschaft«
- 18 Regionalseiten Deutschland
- 19 Regionalseiten Schweiz
- 20 Buchvorstellungen
- 22 Mitglied werden! – Beitrittsformular
- 23 »Grundsteuer: Zeitgemäß!« – Wie geht's weiter?

## Impressum

**FAIRCONOMY** 15. Jahrgang, Nr. 1 März 2019, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

**Redaktion:** B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner  
E-Mail: Redaktion@INWO.de

**Auflage:** 1.600 Exemplare

**Bildnachweis:** © wir\_sind\_klein / pixabay.com / Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Konrad-Adenauer-Stiftung; KAS/ACDP 10-001:664 CC-BY-SA 3.0 DE; 4: © Luise Hamm; 6: © Dirk Suhm / pixelio.de; 8+9: © www.asm-ev.de; 11: © Grafik: Helmut Creutz / Thomas Kubo; 12: © Foto: Alexas\_Fotos / pixabay.com; 12-16: © Buttons: Clker-Free-Vector-Images / pixabay.com; 18: © Alexas\_Fotos / pixabay.com; 19: © Viktor Schwabenland / pixelio.de; 20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 24: Foto Hintergrund: © Didgeman / pixabay.com/Didgeman / pixabay.com, Foto klein: © Günter Havlena / pixelio.de

**Layout:** design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

**Druck:** Mühlbauer Druck, Puchheim  
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

**Herausgeberin:** INWO Deutschland e.V.,  
Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

**Abo-Kontakt Deutschland:**  
INWO e.V.  
Wallstr. 97, 50321 Brühl  
Telefon: +49 2232 156368  
E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

**Kontoverbindung:**  
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum  
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

**Abo-Kontakt Schweiz:** INWO Schweiz,  
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,  
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

**Kontoverbindung:**  
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank  
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8  
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

**Hinweis:** Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.



# Was ist aus der Sozialen Marktwirtschaft geworden?

»Die freie Marktwirtschaft, die mit der Sprengung des Privilegs begann und dadurch der persönlichen Leistung unglaubliche Vorteile verschaffte, endet in einem Kapitalismus, der die Leistung zunehmend geringer entlohnt und zugleich den Vermögensertrag phantastisch anwachsen lässt.« Gero Jenner in: Das Ende des Kapitalismus, Fischer 1999.

**S**o wie Planwirtschaft und Sozialismus immer wieder verwechselt bzw. gleichgesetzt wurden, so ist das auch bei Marktwirtschaft und Kapitalismus der Fall.

Dabei haben beide Begriffe gar nichts miteinander zu tun, ja sie schließen sich im Grunde sogar gegenseitig aus. Denn Marktwirtschaft ist eine Ordnung, bei der alle wirtschaftlichen Vorgänge – also Produktionen, Preise und Austauschbedingungen – alleine von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, während Kapitalismus ein monopolartiges Herrschaftssystem ist, das in Demokratien wie Diktaturen gleichermaßen funktioniert.

Eine wirklich freie Marktwirtschaft – ergänzt durch staatlich regulierte soziale Einrichtungen – stellt dagegen das gerechteste und effektivste System der Güterversorgung und -verteilung dar, aufgebaut auf persönlicher Freiheit, Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung, das ohne die heutigen Verfälschungen durch den Kapitalismus optimal wäre. Allerdings wäre diese freie Marktwirtschaft nur dann realisierbar, wenn entsprechende staatliche Regelungen für die Vermeidung von Monopolen und Kartellen sorgen würden, einschließlich jener Auswüchse auf den Finanzmärkten, die heute das verfälschen und verhindern, was wir ursprünglich einmal waren bzw. sein wollten: eine freie und soziale Marktwirtschaft!

## Was versteht man genauer unter Sozialer Marktwirtschaft?

In Deutschland hat man den Begriff »Soziale Marktwirtschaft« geprägt, der den Gerechtigkeitsaspekt dieser Wirtschaftsform betont. Der Begriff suggeriert jedoch ebenfalls, dass die Wirtschaft aus sich selbst heraus bereits soziale Spannungen verhindert und evtl. entstehende reguliert, was jedoch nicht zutrifft.

Trotzdem hat diese als »Soziale Marktwirtschaft« bezeichnete Kombination von Staat und Wirtschaft nach dem letzten Weltkrieg sowohl in Deutschland als auch in ähnlicher Form in anderen Ländern über Jahrzehnte

den Reichtums, immer mehr von der »Unbezahlbarkeit des Sozialstaats« und beruft sogar sein Ende? Und wie kommt es, dass sich die Industrienationen nach dem Kriege, obwohl damals vielmal ärmer, solche Sozialsysteme

leisten konnten, sie aber heute, trotz mehrfach größeren Reichtums, immer weniger finanzieren können?

Geht man dieser Frage nach, dann taucht zuerst ein zweiter viel benutzter Begriff auf, nämlich der von der »Freien Marktwirtschaft«, bei der man zunehmend die sozialen Aspekte vergaß. Inzwischen wird immer häufiger auch der Begriff »Liberalisierung« herangezogen, worunter man ein Zurückweichen des Staates aus dem Bereich der Wirtschaft und den Abbau möglichst aller Regulierungen meint, einschließlich derjenigen, die bislang für den Begriff des Sozialen in unseren Gesellschaften prägend waren.

Betrachtet man die letzten sieben Jahrzehnte im Zeitraffer, dann hat sich in Wirklichkeit eine langfristige und fast unmerkliche Verschiebung von einer sozialen zu einer freien und inzwischen ungezügelteren Wirtschaftsform ergeben. Zu einer Wirtschaftsform, in der die unsoziale Ver-

teilung der Einkommen ebenso zunimmt wie die Ver- und Überschuldung von Staat und Wirtschaft, und das zugunsten einer Vorherrschaft, die wir als Widerspruch zur Marktwirtschaft endlich deutlicher sehen müssen: die Vorherrschaft des Geldes und damit des Kapitalismus!

aus Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, 8. Aufl., Verlag Thomas Kubo, Münster 2018, S. 335-336.



**ERHARD hält, was er verspricht:  
Wohlstand für alle durch die  
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

hinweg recht gut funktioniert, zumindest solange, wie ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum ständig steigende Steuern und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen spülte.

Warum aber ist dieses System der sozialen Marktwirtschaft seit den 1980er Jahren zunehmend in Schwierigkeiten und aufgrund der Schwierigkeiten ins Gerede gekommen? Warum spricht man, trotz ständig wachsen-

# Marktwirtschaft reparieren

## Interview mit Oliver Richters

**O**liver, erst einmal Glückwunsch zu eurem Buch! Wie ist die Idee zu dem Buch entstanden? Was war euer Ausgangspunkt?

Andreas Siemoneit und ich haben uns ab 2010 für wachstumskritische Themen interessiert, waren aber unzufrieden mit dem bunten Blumenstrauß an kursierenden Konzepten. Daher haben wir uns zusammengesetzt um zu verstehen, ob und warum Wirtschaftswachstum notwendig ist, um ökonomische oder soziale Stabilität sicherzustellen. Zwangsläufig muss man dafür ganz grundlegend über die Grundlagen und Ideen von Marktwirtschaft und Gerechtigkeit nachdenken.

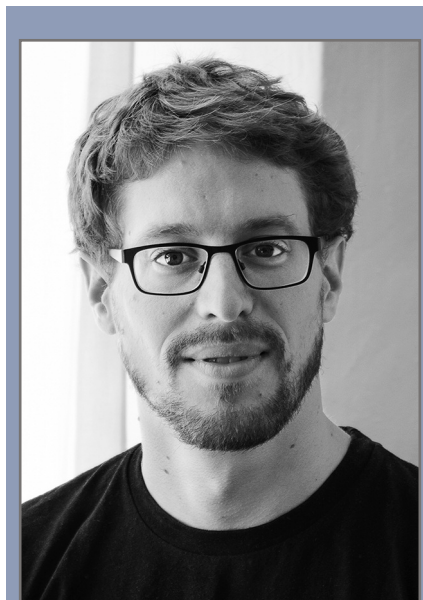
**Viele Leute haben ein Bauchgefühl, dass es mit dem ökonomischen Wachstum nicht ewig so weitergehen kann. Doch in der Politik, Ökonomie und Wirtschaft sind Wachstumskritiker eine kleine Minderheit. Warum gelingt es ihnen nicht, aus ihrer Nische herauszukommen?**

In der Wachstumskritik gibt es letztlich zwei Strömungen: Die eine versucht das Problem der ökologischen Zerstörung rein auf der Ebene eines kulturellen Wandels zu lösen. Das Ergebnis sind moralische Appelle für Genügsamkeit, die politisch nicht attraktiv sind. Die zweite Strömung hält den Kapitalismus für das Problem. Angeblich sei alles, was die Menschen in den letzten Jahrtausenden erfunden haben, um ihr Wirtschaften zu organisieren, falsch: Geld, Zinsen, Eigentum, Märkte, Wettbewerb und Einkommen nach Leistung. Die Forderung nach einer kompletten Neuschöpfung der Ökonomie ist dann so weit weg von der politischen Sphäre, dass die Ideen ebenso wirkungslos bleiben.

**Euer Thema ist ja nun die Marktwirtschaft, im positiven Sinne. In der wachstumskritischen Szene ist das allerdings mancherorts ein Reizwort. Viele Degrowther glauben schon lange nicht mehr, dass »die Märkte« es richten könnten. Wieso bekennt ihr euch dennoch klar zur Marktwirtschaft?**

Wir halten Marktwirtschaft und Geld für geniale Werkzeuge, um die Kooperation von Unbekannten dezentral zu organisieren. Dass man für erbrachte Leistung eine faire Gegenleistung bekommt, halten die meisten Menschen auch für gerecht – auch wenn dieses Leistungsprinzip in der sozial-ökologischen

Szene keinen guten Ruf genießt. Das liegt aber unserer Meinung nach vor allem an der heutigen Ungerechtigkeit, die mit »Leistungsgerechtigkeit« legitimiert wird. Viele Liberale haben aber völlig falsche Vorstellungen davon, wo und wie heute diese Leistungsgerechtigkeit verletzt wird. Tatsächlich geschieht dies durch leistungslose Einkommen aus der guten Lage von Immobilien oder aus Rohstoffverbrauch. Andererseits kann Leistungsgerechtigkeit natürlich nicht alles sein, sondern muss durch ein Sozialprinzip ergänzt werden.



**Oliver Richters** ist studierter Physiker und derzeit Doktorand am Lehrstuhl Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Gemeinsam mit Andreas Siemoneit forscht er zu einer Theorie von Wachstumszwängen und zu Auswegen aus diesem sozial-ökologischen Dilemma. Außerdem untersucht er, ob die Analogien zwischen Modellierungen der Physik und der Wirtschaftstheorie mittels der Theorie dynamischer Systeme auf Nicht-Gleichgewichte erweitert werden können. Er ist Mitglied von ZOE, dem Institut für zukunftsfähige Ökonomien in Bonn und tritt als Referent und Science Slammer auf. Er twittert unter @RichtersOliver.

**Wie ist denn eure Lesart von »Marktwirtschaft«?**

Wir halten Marktwirtschaft für eine soziale Utopie, mit der wir den heutigen Kapitalismus überwinden können. Sie ist als Utopie aber

eigentlich nicht unrealistisch, denn sie entspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen der meisten Menschen und ist bereits gut erprobt, denn an vielen Stellen funktioniert Marktwirtschaft ja auch heute schon ziemlich reibungslos und vernünftig. Wir denken, dass man die Schwächen abstellen kann und das Gute bewahren.

**Ein zentraler Begriff der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb. Auch der wird heute von vielen abgelehnt, weil sie damit schädliches Konkurrenzverhalten verbinden. Was bedeutet Wettbewerb für dich?**

Wettbewerb soll letztlich zwei Dinge sicherstellen: Zum einen soll damit Machtakkumulation verhindert werden. Machtmissbrauch ist erwiesenermaßen ein ökonomisches und politisches Problem, das es zu verhindern gilt. Das kann Wettbewerb allerdings nicht alleine bewerkstelligen, wie man an Deutscher Bank oder Volkswagen gut erkennen kann. Zum anderen soll Wettbewerb verhindern, dass einer den anderen über den Tisch ziehen kann. Setzt man hingegen Kooperation als Leitbild, ergibt sich das Problem, dass gut organisierte, kooperierende Gruppen (bspw. Kartelle) anfangen, die Wirtschaft zu dominieren. Im Bereich sozialer Beziehungen oder auch innerhalb von Genossenschaften ist direkte Kooperation völlig vernünftig und selbstverständlich – als Leitbild einer Volkswirtschaft ist sie nicht geeignet.

**Es gibt Bereiche, in denen der Wettbewerb – und damit die Marktwirtschaft insgesamt – heute nicht richtig funktioniert. Welche Bereiche sind das?**

Der Wettbewerb funktioniert insbesondere da nicht, wo mächtige Großkonzerne oder Wirtschaftssektoren ihn aushebeln. Wer Mist baut, fliegt – aber wer riesigen Mist baut, wird gerettet? Großbanken oder Automobilkonzerne können so die Verluste auf die Gesellschaft abwälzen. Das kombiniert eher die schlechten Eigenschaften von einer staatlichen und einer privaten Wirtschaft. Ökonomische Macht lässt sich nicht kontrollieren, und deshalb muss man verhindern, dass sie überhaupt entsteht. Das hat man leider in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend gemacht. Mit Marktwirtschaft oder Leistungsgerechtigkeit hat das wenig zu tun.

**Als Grund, weshalb hier Marktwirtschaft nicht funktioniert, nennt ihr leistungslose**



**Einkommen. Ein markanter Satz aus eurem Buch lautet: »Leistungslose Einkommen sind die Achillesferse von Marktwirtschaften«. Kannst du das erläutern?**

Ein Einkommen ist dann leistungslos, wenn die Leistungen anderer, der Gesellschaft oder der Natur auf private Rechnung verkauft werden. Beispiele sind die explodierenden Bodenpreise in den Großstädten, in denen die Bodeneigentümer von der Anwesenheit und den Investitionen anderer Menschen und des Staates profitieren. Kosten und Nutzen sind hier nicht im Einklang.

**Kann man überhaupt definieren, was »Leistung« ist? Ich stelle bei mir selber fest, dass mein Leistungsverständnis ziemlich von dem abweicht, was in unserer Gesellschaft allgemein als Leistung anerkannt zu werden scheint.**

Leistung war schon immer ein umstrittener Begriff – er hat allerdings einen von allen geteilten Kern. Wer fleißig ist und talentiert und natürlich auch das passende Glück hat, darf nach Meinung der meisten Menschen auch ein höheres Einkommen erzielen. Umstritten ist es eher an anderen Stellen: Welche Leistung erbringen eigentlich Alleinerziehende oder Pflegende, die gerade keinen bezahlten Job haben? Sind die hohen Vergütungen, die Manager trotz der Verluste ihrer Unternehmen erzielen, angemessen? Aber richtig schön streiten kann man sich darüber eigentlich nur, weil grundsätzlich alle anerkennen, dass Einkommen und Leistung zusammenhängen sollen.

**Das Leistungsprinzip zu betonen, klingt allerdings nach den 50er oder 60er Jahren oder nach CDU-Wahlkampf. Helmut Kohl hat 1982 mit dem Spruch »Leistung muss sich wieder lohnen!« geworben. Wieso soll das denn überhaupt noch zeitgemäß sein, in einer Welt, in der Maschinen uns viel Arbeit abnehmen und mittlerweile sogar künstliche Intelligenz in Arbeitsbereiche vordringt, wo bislang zumindest noch die Intelligenz der Menschen gefragt war?**

Dieses Prinzip entspricht schlicht dem Gerechtigkeitsverständnis der meisten Menschen – auch die SPD fordert ja »gerechte Lohnsteigerungen« wegen der steigenden Arbeitsproduktivität. Es ist also alles andere als ein alter Hut. Mit künstlicher Intelligenz und technischem Fortschritt haben wir aus unserer Sicht ein ganz anderes Problem: Der damit verbundene Ressourcenverbrauch ist ökologisch nicht tragfähig.

**Produktivitätssteigerungen sind aus eurer Sicht nicht positiv zu bewerten?**

Sie sind weder pauschal gut noch schlecht. Fakt ist, dass die bisherigen Steigerungen der Arbeitsproduktivität häufig durch steigenden

Ressourcenverbrauch erkaufte wurden. Aus diesem Blickwinkel sieht technischer Fortschritt nicht mehr ganz so rosig aus. Mit einem Bagger ist man vermeintlich »produktiver« als mit einer Schaufel, aber dabei gleichzeitig

also die Erträge aus »guter Lage« einer Immobilie. Zweitens die Marktverzerrung durch politische und wirtschaftliche Macht. Drittens natürliche Ressourcen. Das sind systematische Verzerrungen der Leistungsgerechtigkeit, gegen die man relativ einfach politisch vorgehen kann, wie wir in unserem Buch zeigen.



**Oliver Richters, Andreas Siemoneit: Marktwirtschaft reparieren. Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie.**

200 Seiten, oekom verlag, München 2019  
17.00 €, ISBN-13: 978-3-96238-099-1

Marktwirtschaft beinhaltet eine attraktive soziale Utopie: eine gerechte Wirtschaftsordnung, in der Kooperation ohne zentrale Steuerung möglich ist. In der Realität des Kapitalismus wird die Leistungsgerechtigkeit jedoch zugunsten weniger Privilegierter verzerrt, und der Wachstumszwang ist ökologisch verheerend.

Wer sein Einkommen Bodenspekulation oder Rohstoffverbrauch verdankt, bezieht leistungslose Einkommensanteile, und wer so mächtig ist, dass er die Politik zu seinen Gunsten beeinflussen kann, entzieht sich den regulierenden Kräften des Marktes. Das Buch benennt diese und andere Schwächen des Kapitalismus und entwickelt daraus politische Lösungen für eine gerechte und nachhaltige Marktwirtschaft.

Weitere Informationen zum Buch:  
[www.marktwirtschaft-reparieren.de](http://www.marktwirtschaft-reparieren.de)

viel verschwenderischer mit Energie und natürlichen Ressourcen. Baggerführer und -besitzer geben also Naturleistungen wie Diesel als ihre eigene Leistung aus – ein schönes Beispiel für leistungslose Einkommen.

**Welche Quellen leistungsloser Einkommen gibt es?**

Die wichtigsten Quellen haben wir schon genannt: erstens die sogenannte Bodenrente,

**Ein Bedingungsloses Grundeinkommen wäre ja auch eine Art leistungsloses Einkommen. Davon haltet ihr also nichts?**

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist aus unserer Sicht vor allem eine Reaktion auf die eklatante Ungerechtigkeit des Kapitalismus. Aber wir halten es für falsch, die leistungslosen Einkommen der Besserverdienenden dadurch zu kompensieren, dass man den Arbeitenden noch mehr Geld wegnimmt und es als leistungsloses Einkommen an alle ausschüttet. Wir bevorzugen, die leistungslosen Einkommen zu bekämpfen, statt sie noch weiter auszubauen. Das spricht aber nicht gegen zwei Dinge: Erstens eine funktionierende Sozialversicherung und eine sanktionsfreie Existenzsicherung für jene, die bedürftig sind. Zweitens halten wir ein »ökologisches Grundeinkommen« für eine gute Idee.

**Was genau ist ein Ökologisches Grundeinkommen und woraus wird es bezahlt?**

Um innerhalb planetarer Grenzen zu bleiben, muss der Ressourcenverbrauch politisch gedeckelt werden. Eine einfache Lösung dafür sind Zertifikate, wie wir sie vom EU-Emissionshandel kennen. Dadurch werden Einnahmen für den Staat bzw. die EU generiert – zugleich wird der Verbrauch teurer. Das trifft nun tendenziell die Finanzschwachen am härtesten. Daher ist unser Vorschlag, das eingenommene Geld gleichmäßig an alle wieder auszuschütten. Dadurch ist diese Ökosteuer sozialverträglich und trifft wie gewünscht insbesondere jene mit hohem Verbrauch.

**Gibt es noch mehr Vorteile eines Ökologischen Grundeinkommens?**

Der größte Vorteil liegt darin, dass es soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit kombiniert, statt sie gegeneinander auszuspielen. Während ein bedingungsloses Grundeinkommen die Leistungsgerechtigkeit schwächt (und genau aus diesem Grund in der Schweiz auch abgelehnt wurde), verbessert das ökologische Grundeinkommen sie, weil die Erträge aus der Ressourcenextraktion nicht mehr als leistungslose Einkommen eingenommen werden. Daher ist dies eine unserer Maßnahmen, wie wir Marktwirtschaft reparieren und fit für das 21. Jahrhundert machen wollen.

Weitere Infos unter  
[www.marktwirtschaft-reparieren.de](http://www.marktwirtschaft-reparieren.de)

# CO<sub>2</sub>-Dividende als Kopfpauschale

Massive Schritte zur Rettung des Weltklimas einleiten und dabei die Masse der Bevölkerung als Unterstützer gewinnen – für Politiker und Ökonomen weltweit ein scheinbar unauflöslicher Widerspruch. Der Ausweg: klimaschädlichen Verbrauch viel stärker belasten, aber zeitgleich die Einnahmen direkt und pro Kopf an die Bevölkerung auszahlen.



**Ü**berall, wo fossile Energieträger verbrannt werden, kann man durch stetig steigende Kosten Anreize zum Umdenken setzen. Entscheidend aber ist, dass die eingenommenen Milliardenbeträge nicht im allgemeinen Steuerbudget verschwinden. Das zur Lenkung des Verhaltens eingenommene Geld wird umgehend an die Verbraucher und gegebenenfalls auch an die Betriebe zurückverteilt. Dabei gewinnt jeder, dessen klimaschädliches Verhalten geringer als der Durchschnitt ist. Und all jene, die überdurchschnittlich belastet werden, haben einen ökonomischen Anreiz, ihr Verhalten auf klimaneutrale Produktion, klimafreundliche Verkehrsmittel oder CO<sub>2</sub> vermeidenden Konsum umzustellen.

## Akzeptanz durch ökonomische Beteiligung

Die Idee ist ganz einfach. Bei Wählern, Bürgern und Steuerzahlern erzeugt man wachsenden Widerstand, wenn man sie über ihr Konsumverhalten finanziell immer stärker belastet. Es macht sich schnell das Gefühl breit, dass sich andere an diesem Geld bereichern, oder dass es in einem ineffizienten Staatsapparat versickert.

Ganz anders aber, wenn von Anfang an deutlich wird, dass ausnahmslos jeder Bürger, jedes Kind, jeder Rentner von neuen Öko-Abgaben profitieren kann. Deshalb sollte bei der Verteilung der Erträge ausnahmslos jeder Bürger gleichermaßen beteiligt werden. Ein

populärer Verfechter dieses Ansatzes ist der US-Ökonom Gilbert Metcalf. Im Interview mit dem Spiegel berichtet er, dass seine Idee in den USA bereits prominente Unterstützer gewonnen hat: »Man könnte (...) jedem Haushalt einen identischen Betrag auszahlen, eine CO<sub>2</sub>-Dividende. Das schlägt gerade eine überparteiliche Gruppe von ehemaligen Spitzenfunktionären von Demokraten und Republikanern vor. Sie wollen pro Jahr vier Auszahlungen.«<sup>1</sup>

Brigitte Knopf, die Generalsekretärin des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, äußert in einem Zeit-Interview einen entsprechenden Gedanken: »Eine CO<sub>2</sub>-Abgabe (...) generiert Einnahmen, die ich als Kopfpauschale zurückverteilen würde. Das würde vor allem ärmere Haushalte vor höheren Energiepreisen schützen und für einen sozial verträglichen Übergang sorgen. So würde Klimapolitik zu einer Erfolgsgeschichte.«

In den 1990er Jahren haben sich die Grünen mit der Forderung nach einer deutlich ansteigenden Benzinsteuern aus dem Deutschen Bundestag katapultiert. Aktuell riskiert Frankreichs Präsident Macron durch höhere Steuern auf Benzin und Diesel sein ganzes Reformprogramm. Und immer wieder haben sich Umweltschützer, Sozialverbände und Gewerkschafter gegenseitig blockiert, weil die Interessen des Anderen den eigenen Anliegen zuwiderliefen. Ökonomie und Ökologie seien nur in mühsamen Kompromissen miteinander ver-

einbar, heißt es bisher. Höhere Kosten für Kerosin, Benzin oder Heizöl seien für einen Großteil der Bevölkerung nicht tragbar.

Eine soziale Gesellschaft kann sich einen ökologischen Fortschritt nur in ganz kleinen Schritten leisten, lautet die gängige Argumentation. Auch der mündige Bürger verweigert sich notwendigen Einsichten, wenn es zu Lasten des eigenen Geldbeutels geht.

## Einfach, sozial und ökologisch den Widerspruch auflösen

Dieser Widerspruch wird aufgelöst, wenn das zusätzliche Aufkommen an Steuern oder Abgaben unmittelbar an die Bürger zurücküberwiesen wird und alle Menschen davon profitieren. Dabei gilt, je klimaneutraler das Konsumverhalten eines Menschen ist, desto größer ist sein Vorteil bei steigenden Klima-abgaben. Ferner gilt, je geringer der Lebensstandard eines Bürgers, desto größer ist seine Entlastung durch die neue Umverteilung. Denn arme Menschen erzeugen unterdurchschnittlich viel CO<sub>2</sub>. Daher ist ihr absoluter Anteil an einer CO<sub>2</sub>-Abgabe gering. Der für alle gleich große Erstattungsbetrag ist für den Einkommensschwachen jedoch relativ mehr wert als für einen wohlhabenden Bürger.

Eine CO<sub>2</sub>-Abgabe, die zu einer CO<sub>2</sub>-Dividende wird, ist ein ökologischer Ansatz, der gleichermaßen gerecht, demokratisch und marktwirtschaftlich ist. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die pro Kopf an die Bürger zurückverteilt wird, stellt die Mechanismen des Marktes in den Dienst des Klimaschutzes. Im Unterschied zu einer Steuerensenkung als Kompensation für höhere Energiesteuern profitieren auch jene Menschen, die gar nicht in der Lage sind, Steuern zu zahlen. Kinder und Rentner erhalten den gleichen Betrag wie ein Vorstandsvorsitzender. Da ein Großteil der Bevölkerung versuchen wird, sich aus ökologischen und/oder finanziellen Gründen CO<sub>2</sub>-sparend zu verhalten, wird es viele Profiteure des Systems geben, und mit zunehmenden Klima-Einkommen wird der Ansatz auf Dauer viele Befürworter gewinnen.

Als erste Partei in Deutschland haben die Grünen die Durchschlagskraft dieses Mechanismus offenbar erkannt. Im Entwurf zum Eu-

ropawahlprogramm heißt es im Kapitel »Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen«:

»Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung an die Verbraucher\*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden wir in Deutschland vorangehen.«

### Abgaben auf Ressourcenverbrauch

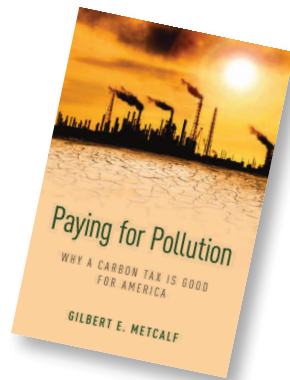
Verständigt man sich auf das Prinzip, umweltschädigendes Verhalten finanziell zu belasten, die Bevölkerung aber zu gleichen Teilen am Aufkommen zu beteiligen, stehen der Politik völlig neue Wege offen. Gilbert Metcalf, Dirk Löhr und andere machen in ihren Arbeiten deutlich, dass eine Ressourcenabgabe ohne großen bürokratischen Aufwand umgesetzt werden kann. Die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl wird bereits heute lückenlos erfasst und kann so einfach durch steigende Abgaben belegt werden.

Ähnlich einfach könnte man andere Lenkungsabgaben und Monopolerträge heranziehen, um gesellschaftlichen Wandel zu unterstützen. Das knappe Gut des städtischen Straßenraums beispielsweise ist eine Ressource, die vielen PKW-Besitzern zur Vermeidung von Garagenkosten kostenlos überlassen wird. Die daraus resultierenden Fehlentwicklungen kann man leichter korrigieren, wenn steigende Parkgebühren gleichzeitig pro Kopf an die Bewohner einer Stadt zurückverteilt werden. Alles andere würde zu wütenden Protesten vieler Akteure führen.

Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn hat eine »Nahverkehrsabgabe von Autofahrern« vorgeschlagen und damit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die FDP sieht dadurch schon den Wohlstand unserer Gesellschaft bedroht. Kombiniert man aber Kuhns Idee mit der Idee eines Mobilitätsbudgets, wie es die Deutsche Bahn-Managerin Sylvia Lier<sup>2</sup> entworfen hat, ergeben sich attraktive und vor allem durchsetzbare Konzepte für unsere Städte. Ein von Unternehmen anzubietendes Mobilitätsbudget für ihre Beschäftigten kann von den Städten aufgestockt und auf die übrigen Bürger ausgeweitet werden. Damit hätte jeder Bürger Einnahmen zur Verfügung, um seine Mobilität zu sichern. Allen Einwohnern kann auf diese Weise gewissermaßen ein Grundrecht auf Mobilität finanziert werden.

### Wie gerecht sind Kopfpauschalen?

Die dargestellten Ideen beschreiben einen mehrfachen Paradigmenwechsel. Nicht wirklich neu ist der Gedanke, durch Kosten für die



Gilbert E. Metcalf, Ökonom an der Tufts University, hat sich in letzter Zeit mit seinen Arbeiten zur CO<sub>2</sub>-Besteuerung einen Namen gemacht. Gerade ist sein Buch »Paying for Pollution – Why a Carbon Tax is Good for America« bei Oxford University Press erschienen.

Nutzung und den Verbrauch gesellschaftlicher Ressourcen lenkend auf das Verhalten der Bürger einzuwirken. Gewöhnungsbedürftig dagegen ist für viele Protagonisten der Ansatz, diese Einnahmen direkt an die Bürger zurückzugeben.

Politiker tun sich mit diesem Gedanken schwer, da sie traditionell davon ausgehen, dass es ihnen als gewählten Volksvertretern zusteht, Einnahmen nach reiflicher Überlegung und Planung zu verteilen. Eine noch größere Skepsis wird zunächst das Prinzip auslösen, dass jeder Bürger einen gleich großen Anteil erhalten soll. Vielen Menschen erscheint das auf den ersten Blick als ungerecht. Führt man diesen Gedanken jedoch konsequent zu Ende, erweist sich dieses Prinzip als viel gerechter als beispielsweise prozentuale Erhebungen oder Zuwendungen.

Um die Vorteile einer Pro-Kopf-Dividende anschaulich zu machen, nehmen wir das Beispiel Schweiz. Die Zürcher SP-Nationalrätin und Ökonomin Jacqueline Badran schlägt in einem moneta-Interview<sup>3</sup> eine Bodennutzungsgebühr von zwei Prozent vor:

»Machen wir ein Gedankenexperiment: Hätte der Staat den ganzen Boden in seinem Besitz und würde er dafür eine jährliche Benutzungsgebühr von zwei Prozent verlangen, so ergäbe dies 80 Milliarden Franken jährlich. Wenn der Staat den Boden hätte, könnte er alle Steuern abschaffen und nur von dieser Nutzungsgebühr leben. So wie es heute die Privaten tun.« Jacqueline Badran

Ein fantastischer Vorschlag. Kein Schweizer Bürger bräuchte mehr Steuern zahlen. Aber

wäre das für alle gleichermaßen ein Gewinn? Alternativ könnte man auch jeden Einwohner mit fast 10.000 Franken pro Jahr versorgen. Eine fünfköpfige Familie hätte damit praktisch ein Grundeinkommen von 50.000 Franken zur Verfügung. Während bei einem Verzicht auf Steuern jene leer ausgehen, die sich ohnehin keine oder kaum Steuerzahlungen leisten können. Die Pro-Kopf-Dividende dagegen erhöht die Kaufkraft aller Bürger.

Pro-Kopf-Dividenden aus Ressourcenverbrauch und Monopolabgaben sind gewissermaßen ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) light. Sie können und sollen kein existenzsicherndes Einkommen ersetzen. Sie sind aber Bausteine bei der Sicherung verschiedener Grundbedürfnisse. Im Telepolis-Interview kritisiert der Ökonom Heinz-Josef Bontrup die derzeitigen Modelle für ein BGE mit den Worten: »Hier wollen die Befürworter, dass Menschen für andere Menschen arbeiten.« Das trifft den Nagel auf den Kopf. Eine ressourcengestützte Pro-Kopf-Dividende dagegen schöpft Lenkungsabgaben und leistungslose Erträge ab und entlastet somit die Arbeitenden mitunter enorm.

### Fazit

Marktwirtschaft kann besser funktionieren, wenn sauberer Luft, knappem Straßenraum und endlichen Bodenschätzen angemessene Preise zugewiesen werden. Dadurch generierte Einnahmen sollten den Bürgern in geeigneter Weise als CO<sub>2</sub>-Dividende, als individuelles Mobilitätsbudget oder in anderer Form persönlich zur Verfügung gestellt werden. Das Gros der Bevölkerung wird zu den Gewinnern gehören, zum einen ökonomisch und zum anderen zusätzlich durch das Verringern von ökologischen Folgeschäden. Umweltschädigendes Verhalten und Ressourcenverbrauch kann so auf vielfache Weise belastet werden und trägt dennoch dazu bei, dass die herrschende »Verteilungsschieflage« (Bontrup) rückläufig wird. ■

Dieser Beitrag erschien zuerst am 26.01.2019 bei TELEPOLIS unter: [www.heise.de/tp/features/CO2-Dividende-als-Kopfpauschale-4278629.html](http://www.heise.de/tp/features/CO2-Dividende-als-Kopfpauschale-4278629.html)



**Klaus Willemsen** ist freier Referent der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung. Aktuelle Kommentare finden Sie auf [www.INWO.de](http://www.INWO.de).

1 »Diese Steuer kann das Klima retten - ohne Steuerzahler zu ärgern«, Gilbert Metcalf im Interview mit Benjamin Bidder, Spiegel Online 29.07.2018.  
2 [www.allianz-pro-schiene.de/wettbewerbe/innovationspreis-mobilitaetsgestalterin/die-siegerinnen/](http://www.allianz-pro-schiene.de/wettbewerbe/innovationspreis-mobilitaetsgestalterin/die-siegerinnen/)  
3 [www.moneta.ch/boden](http://www.moneta.ch/boden)



# Entstehung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

2018 feierte die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. ihr 65-jähriges Jubiläum. Was kaum jemand weiß: Sie entstand Anfang der 1950er Jahre aus der fruchtbaren Kooperation von Freiwirten und Ordoliberalen.

**D**as deutsche Wirtschaftswunder ist international zum Markenzeichen geworden. Die positive ökonomische Entwicklung Deutschlands nach 1945 war allerdings weder ein geschichtlicher Automatismus noch ein Wunder, sondern vielmehr das Resultat bewusster Weichenstellungen. Wesentlich für den wirtschaftlichen Erfolg der Nachkriegsjahre – die wir kollektiv mit Bildern wie prall gefüllten Schaufenstern, dem einmillionsten VW-Käfer und den ersten Fernsehapparaten verbinden – waren ordnungspolitische Grundentscheidungen zur Etablierung einer liberalen Wirtschaftsordnung. Trotz dieser Erfolge gab es nicht wenige, die die neue Wirtschaftsordnung skeptisch sahen. Vielen Deutschen

war nicht bewusst, welche Ideen und Prinzipien hinter der Sozialen Marktwirtschaft stehen. Angesichts dieser Stimmungslage unternahmen die Gestalter und Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft vielfältige Anstrengungen, die Mitbürger von den Vorzügen dieser neuen Wirtschaftsordnung zu überzeugen. Eine der Initiativen, die hierfür in jenen Jahren auf den Weg gebracht wurde und die sich der Förderung der Sozialen Marktwirtschaft verschrieben hat, ist die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM).

Der führende Kopf bei der ASM-Gründung, Otto Lautenbach, formulierte den Anspruch dieser neuen Vereinigung folgendermaßen: »Es haben sich hier Kräfte zusammengefun-

den, die in einer mit Konsequenz verwirklichten sozialen Marktwirtschaft eine neue Wirtschaftsordnung der Freiheit sehen.«<sup>1</sup> Der Verleger Lautenbach strebte eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Ordnung an, die er durch den Kommunismus gefährdet sah. Im »Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit« rief er die Deutschen zur Entscheidung »für den lebendigen Menschen und seine persönliche Freiheit, gegen den lebensfeindlichen Kollektivismus und seinen Terror«<sup>2</sup> auf. Lautenbach prägte mit dieser Einstellung und seinem Engagement bereits in den Jahren zuvor den »Freiwirtschaftsbund, Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft«, den er 1946 neu belebte. Schon in den 1920er und 1930er Jahren war Lauten-



**Silvio Gesell**

\* 1862 in Sankt Vith  
† 1930 in Oranienburg

Als Kaufmann und später als Publizist in Argentinien, Deutschland und der Schweiz konnte er die Bedeutung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auf unternehmerisches Handeln studieren. Insbesondere die Wirtschaftskrise in Argentinien um 1890 nahm er zum Anlass, um über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge nachzudenken und als Sozialreformer tätig zu werden. Er gilt als Begründer der Freiwirtschaftsbewegung.



**Otto Lautenbach**

\* 1903 in Kaiserslautern  
† 1954 in Bad Nauheim

Publizist und Verleger. Er war ein maßgeblicher Akteur der Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland und belebte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg den Freiwirtschaftsbund neu, den er auch als Präsident führte. Lautenbach war in der Freiwirtschaftsbewegung nicht unumstritten. Er war ein Gründungsvater der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und von 1953 bis 1954 ihr Vorsitzender.



**Alexander Rüstow**

\* 1885 in Wiesbaden  
† 1963 in Heidelberg

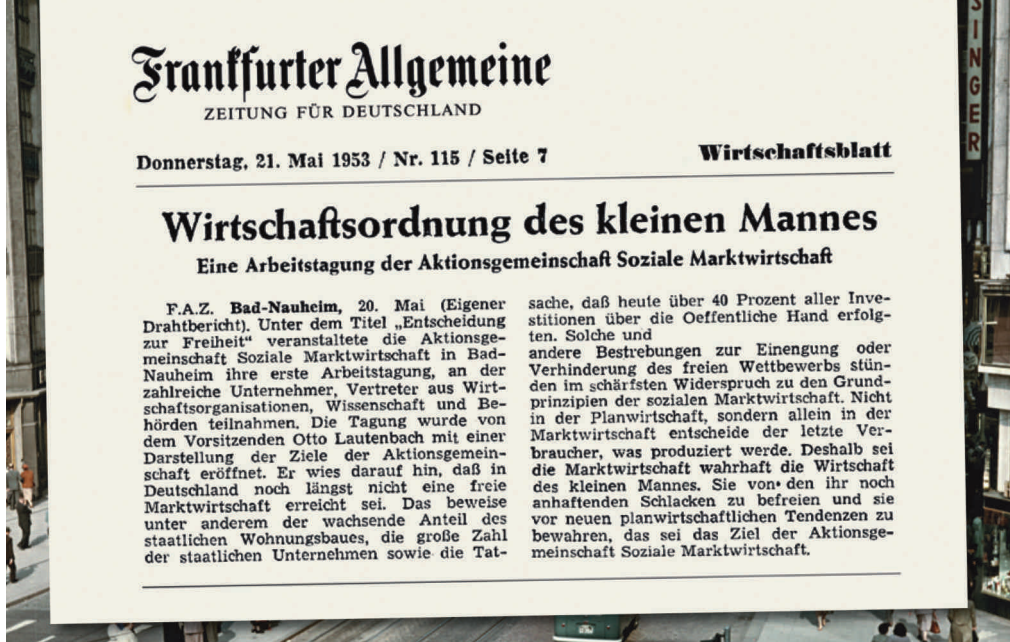
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Nach Tätigkeiten im Reichswirtschaftsministerium und beim Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten (VdMA) floh er 1933 vor dem Nationalsozialismus ins Exil nach Istanbul. 1949 Rückkehr nach Deutschland, Professur für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Heidelberg. Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten gilt er als ein wesentlicher Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft. Von 1954 bis 1961 war er Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und prägte deren ordnungspolitisches Profil.

bach einer der Führungspersönlichkeiten innerhalb der Freiwirtschaft.

### Eine Kooperation von Ordoliberalen und Freiwirten

Die freiwirtschaftliche Bewegung, die sich einer freiheitlichen Marktwirtschaft ohne Monopolrenten verpflichtet sah, geht ursprünglich auf den Sozialreformer Silvio Gesell zurück. Zweierlei machte eine Zusammenarbeit zwischen Freiwirten und den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft, den sogenannten Ordoliberalen, nach dem Krieg möglich. Erstens gab es inhaltliche Berührungspunkte. So radikal manche Ideen Gesells auch aus heutiger Perspektive anmuten, viele Überlegungen waren keineswegs außerhalb des Denkhorizonts der Ordoliberalen. Dies lag auch daran, dass Ludwig Erhard und Alexander Rüstow über ihren gemeinsamen Lehrer Franz Oppenheimer mit dem Konzept der »Bodensperre« vertraut waren, d.h. der Überlegung, dass – da Grundeigentum nicht beliebig vermehrbar ist – die Bodenbewirtschaftung durch einige zu Monopolrenten führt. Dieser Gedanke, den Gesell »Freiland« genannt hatte, zielte auf die Beseitigung des Bodenmonopols. Erst so kann eine freie Marktwirtschaft realisiert werden. Gesell forderte zudem eine Neuordnung des Geldwesens, damit Menschen weniger Anreiz haben, Geld zu horten und es stattdessen im Wirtschaftskreislauf zirkulieren zu lassen. Seine Einsicht war, dass ein stabiles Preis- und Währungssystem die wesentliche Voraussetzung für eine funktionsfähige Wirtschaft ist. Gesell kämpfte gegen ererbte und gesetzliche Vorrechte, verbunden mit der Forderung nach Leistungsgerechtigkeit – genau wie es später auch von den deutschen Ordoliberalen gefordert wurde. Bei beiden findet sich ein tiefes Unbehagen gegenüber privater Macht und die Hochschätzung von Freiheit.

Der zweite Grund, warum es zu einer Kooperation zwischen Freiwirten und Ordoliberalen kommen konnte, liegt darin, dass Lautenbach deutlich weniger radikale Positionen vertrat als die ursprünglichen Freiwirte und somit anschlussfähig an ordoliberale Gedanken war. Lautenbachs Programmatik hatte liberale Züge und war zugleich realpolitisch und pragmatisch ausgerichtet. Er suchte nach Verbündeten mit einer hohen Reputation und Bekanntheit, die zu einer Zusammenarbeit bereit waren. Das Gründungsmotiv für die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft war für Lautenbach somit eine Kombination aus politischem Kalkül und programmatischer Nähe. Die beginnende Zusammenarbeit zwischen Freiwirten und Ordoliberalen ist durch die Bundestage des Freiwirtschaftsbundes der frühen 1950er Jahre dokumentiert.



## Wirtschaftsordnung des kleinen Mannes

Eine Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

F.A.Z. Bad-Nauheim, 20. Mai (Eigener Drahtbericht). Unter dem Titel »Entscheidung zur Freiheit« veranstaltete die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Bad-Nauheim ihre erste Arbeitstagung, an der zahlreiche Unternehmer, Vertreter aus Wirtschaftsorganisationen, Wissenschaft und Behörden teilnahmen. Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden Otto Lautenbach mit einer Darstellung der Ziele der Aktionsgemeinschaft eröffnet. Er wies darauf hin, daß in Deutschland noch längst nicht eine freie Marktwirtschaft erreicht sei. Das beweise unter anderem der wachsende Anteil des staatlichen Wohnungsbaues, die große Zahl der staatlichen Unternehmen sowie die Tat-

sache, daß heute über 40 Prozent aller Investitionen über die Oeffentliche Hand erfolgten. Solche und andere Bestrebungen zur Einengung oder Verhinderung des freien Wettbewerbs ständen im schärfsten Widerspruch zu den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Nicht in der Planwirtschaft, sondern allein in der Marktwirtschaft entscheide der letzte Verbraucher, was produziert werde. Deshalb sei die Marktwirtschaft wahrhaft die Wirtschaft des kleinen Mannes. Sie von den ihr noch anhaftenden Schlacken zu befreien und sie vor neuen planwirtschaftlichen Tendenzen zu bewahren, das sei das Ziel der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.

### Die Geburt der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Bei der Konferenz des Freiwirtschaftsbundes mit dem Titel »Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft« in Heidelberg am 9. und 10. November 1951 ging es Lautenbach ausdrücklich darum, Teilnehmer verschiedener sozialer Gruppen zu versammeln und einen möglichst großen Kreis an Personen »mit dem Gedankengut der sozialen Marktwirtschaft« zu erreichen.<sup>3</sup> Lautenbach konstatierte mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft: »Es gab gegen diese Politik mannigfache Widerstände, Widerstände institutioneller Art, Widerstände der Alliierten, Widerstände vor allem durch die verschiedensten Interessen und Parteilgruppen.«<sup>4</sup> Aus dieser Haltung heraus wollte er mit dem auch für Nicht-Freiwirte offenen Bundestag ein Austauschforum schaffen, um »ein geschlossenes Programm vorzulegen, das eine soziale Marktwirtschaft als Ganzes verwirklicht und nicht etwa einen Katalog von Einzelmaßnahmen, wodurch unseres Erachtens niemals eine soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden kann«<sup>5</sup>.

Ein weiterer Faktor, der die Kooperation zwischen Freiwirten und Ordoliberalen begünstigte, war die räumliche und persönliche Nähe in Heidelberg: Alexander Rüstow kehrte 1949 aus seinem Istanbuler Exil zurück. Zunächst als Gastprofessor für Soziologie an die Universität Heidelberg berufen, wurde er 1950 Nachfolger des Ökonomen und Kultursoziologen Alfred Weber. Lautenbach wohnte

ebenfalls in Heidelberg, sein Verlag und der Freiwirtschaftsbund waren zu dieser Zeit ebenfalls dort angesiedelt.

In Heidelberg fand dann 1952 auch der nächste Bundestag der Freiwirte statt, bei dem sowohl die Anzahl der Referate als auch der Teilnehmerkreis ausgeweitet wurden. So nahmen neben Vertretern der Freiwirtschaft – wie dem Lautenbach-Vertrauten Wolfgang Frickhöffer – auch weitere Theoretiker und Praktiker außerhalb dieser Bewegung teil, wie der Jurist und Ordoliberale Franz Böhm, der an der Universität Frankfurt lehrte und von 1953 bis 1965 Mitglied des deutschen Bundestages war. Auf der Tagung wurden »Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung« ausgearbeitet, die in leicht veränderter Form zum Gründungsmanifest der ASM werden sollten.

Der Wille zur Kooperation zwischen Freiwirten und Ordoliberalen wurden im Schlusswort des Bundestages klar formuliert: »Wir sind zu dem Entschluss gekommen, möglichst schon im Januar 1953, eine Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zu gründen.« Die ASM solle die Aufgabe übernehmen, das »Programm der Freiheit allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit zu tragen.«<sup>6</sup>

Julian Dörr und Maximilian Kutzner

Eine ausführliche Darstellung der Entstehungsgeschichte der ASM von Julian Dörr und Maximilian Kutzner findet sich in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 104 (2017), S. 487-524.

- 1 Otto Lautenbach: Die Ziele der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in: Otto Lautenbach u. a.: Entscheidung für die Freiheit. Wortlaut der Vorträge, die auf der ersten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 20. und 21. Mai 1953 in Bad Nauheim gehalten wurden. Bad Nauheim 1953, S. 7-29, hier S. 7.
- 2 Otto Lautenbach: Aus dem Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit, in: Friedrich Salzmann (Hg.): Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft. Kassel 1949/1956, S. 123-151, hier S. 123.
- 3 Otto Lautenbach: Begrüßung, in: Ernst Winkler u. a.: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft. Heidelberg 1952, S. 7-8, hier S. 8.
- 4 Otto Lautenbach: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, in: Winkler (wie Fußnote 3), S. 47.
- 5 Otto Lautenbach (wie Fußnote 3), S. 8.
- 6 Otto Lautenbach: Schlusswort, in: Ernst Winkler u. a.: Das Programm der Freiheit. Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 in Heidelberg gehalten wurden, Heidelberg 1953, S. 177-180, hier S. 179.



# »Das Geld-Syndrom« in Zeiten niedriger Zinsen

**S**eit der letzten Neuausgabe von Helmut Creutz' »Geld-Syndrom« mit Zahlen bis 2010 hat sich die Geldpolitik stark verändert. 2014 hat die EZB die nominalen Zinsen in den negativen Bereich gesenkt. Welche Veränderungen lassen sich seither empirisch nachweisen? Thomas Kubo untersucht dies am Beispiel Arbeitslosigkeit.

Die Grundforderung der Geldreformer lautet, den stetigen, störungsfreien Umlauf des Geldes mit Hilfe einer Umlaufsicherungsgebühr so zu sichern, dass die kurzfristigen Zinsen deutlich unter null sinken und die langfristigen Zinsen um ihren bei null liegenden Gleichgewichtspunkt pendeln können. Dann wird das Geld zu einem (verteilungs-)neutralen Vermittler von Tausch- und Kreditvorgängen.

Die EZB und einige andere Notenbanken haben sich dieser Forderung mit dem Absen-

ken der Leitzinsen in Teilen angenähert, und es ist möglich, die Forderung einem ersten Lackmустest zu unterziehen.

Helmut Creutz hatte dies noch 2016 in seinem Artikel »Negativzinsen erfordern eine

weitsichtig erkannt wurden. Die Konsequenzen sind teils positiv, teils ergibt sich weiterer Handlungsbedarf. Was hat sich beispielsweise beim Problemfeld Arbeitslosigkeit getan?

## Sinkende Arbeitslosigkeit

Die segensreichen Wirkungen der niedrigen Zinsen sind unter anderem auf dem Feld der Arbeitslosigkeit sichtbar. Der Gedankengang ist einfach: Sinken die Zinskosten, sind Unternehmer eher in der Lage, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Sie geraten weniger oft in die Lage, aufgrund von Ertragszwängen, die vom Zins ausgehen, Leute entlassen zu müssen. Dieser Gedankengang schlägt sich in konkreten Zahlen nieder, die in der folgenden Darstellung abgebildet sind:

**Die segensreichen  
Wirkungen der niedrigen  
Zinsen sind unter  
anderem auf dem Feld  
der Arbeitslosigkeit  
sichtbar.**

Geldumlaufsicherung« unternommen. Es zeigt sich, dass mehrere der Konsequenzen, die Creutz in diesem Artikel angesprochen hat,

So sank die Arbeitslosigkeit von 2010 bis 2017 um mehr als 700.000, was mehr als einem Sechstel entspricht. Bei aller Freude muss je-

**BITTE UNTERSTÜTZEN!**

## HELMUT CREUTZ Das Geld- Syndrom

Wege zu einer  
krisenfreien  
Wirtschaftsordnung



Ergänzt um einen Beitrag zur Niedrigzinsphase  
sowie mit aktualisierten Grafiken!

Helmut Creutz: **Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung.** 8. Aufl. Verlag Thomas Kubo, Münster 2018, 495 S., mit Fadenheftung gebunden, Lesebändchen und Schutzumschlag, zahlreiche Grafiken, Abbildungen und Tabellen, 28,00 € (DE), 28,80 € (AT), ISBN: 978-3-96230-002-9

Helmut Creutz hat 1993 mit »Das Geld-Syndrom« ein Standardwerk der Geldreform-Bewegung veröffentlicht. Noch bis kurz vor seinem Tod im Jahr 2017 hat er es in mehreren Neuausgaben aktualisiert. Seither wurden seine vor allem auch grafisch anschaulich aufbereiteten Analysen von seinen Lesern stark vermisst. Dankenswerterweise hat sich Thomas Kubo in den letzten drei Jahren der Aufgabe verschrieben, die Arbeit von Helmut Creutz fortzuführen so gut es geht. Das Ergebnis seiner bisherigen Arbeit legt er mit dieser ergänzten Neuausgabe des »Geld-Syndroms« vor. Neben einem der letzten Aufsätze von Helmut Creutz zum Thema »Negativzinsen erfordern eine Geldumlaufsicherung« enthält der Band ein Nachwort mit ausgewählten aktualisierten Grafiken.

Durch den Kauf der Neuausgabe wird die Weiterführung der wichtigen Arbeit von Helmut Creutz unterstützt. Bestellungen sind direkt beim Verlag möglich, unter der E-Mail: [verlag@thomaskubo.de](mailto:verlag@thomaskubo.de)

Auch Anfragen für Vortragstermine von Thomas Kubo können an diese Adresse gerichtet werden.



doch darauf hingewiesen werden, dass die Messung der Arbeitslosigkeit – sowohl in absoluten Zahlen als auch die sich daraus ergebende Quote – ein Minenfeld politischer Arithmetik ist. Es treten neben den gesenkten Kosten eine Reihe von parallelen Phänomenen wie Kurz- und Zeitarbeit sowie statistische Schönfärberei auf, so dass höchste Vorsicht geboten ist, wenn man die sinkenden Arbeitslosenzahlen allein auf gesunkene Zinskosten zurückführen will.

Dennoch: Im Zeitraum von 2010 bis 2016 sanken die Bankzinsenerträge um 90 Mrd. €. Allein mit diesen 90 Milliarden lassen sich beispielsweise 2,5 Millionen Brutto-Jahresgehälter zu 36.000 € auszahlen. Es ist also nicht übertrieben, einen beträchtlichen Anteil der geschaffenen Arbeitsplätze auf die wegfallenden Zinskosten zu buchen. Diese Erleichterung ist hervorzuheben, da sie ohne Subvention in Form eines Konjunkturprogramms und ohne bürokratischen Aufwand erfolgte.

### Einkommen durch steigende Boden- und Ressourcenrenten beansprucht

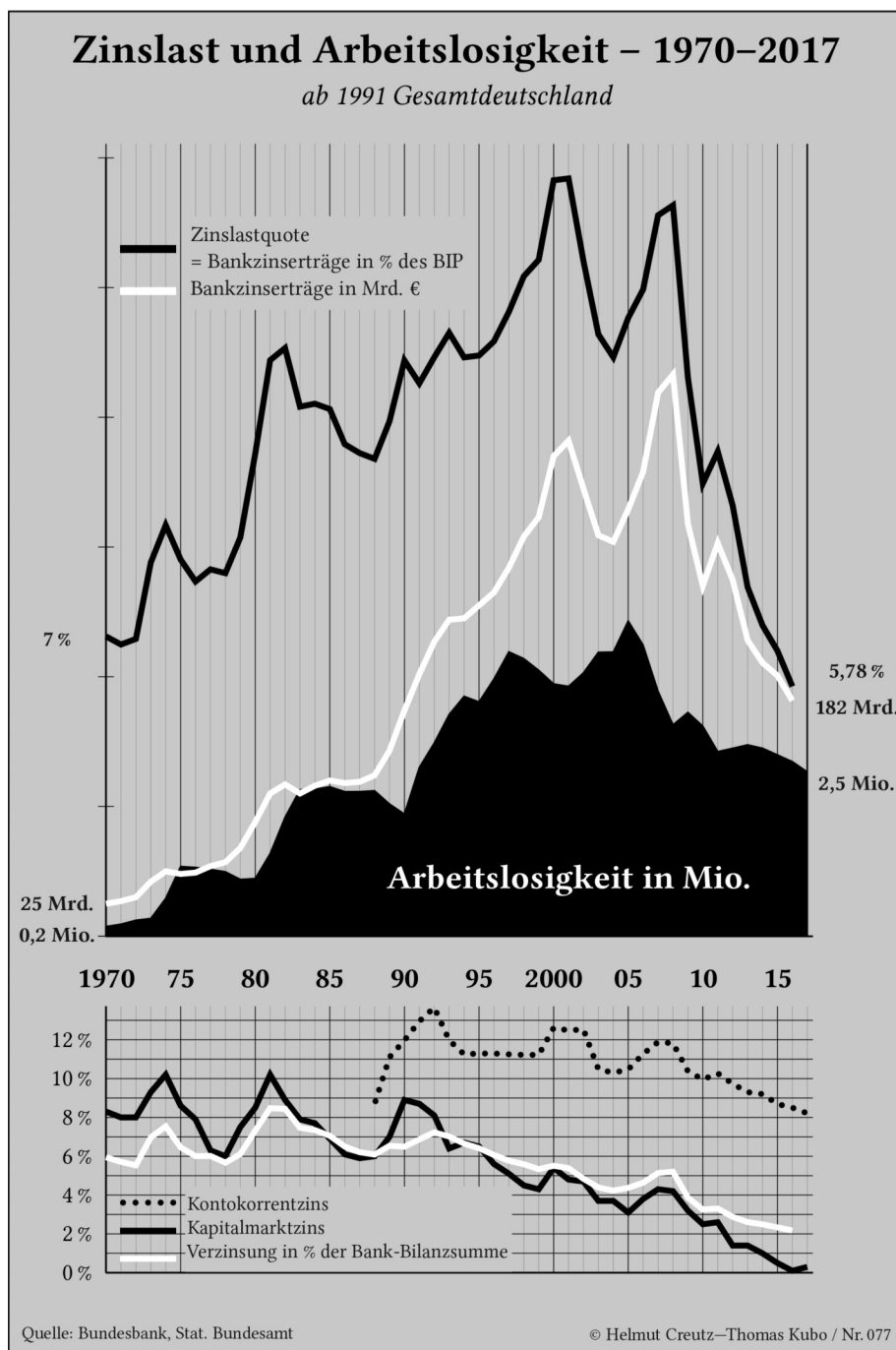
Es gibt allerdings eine widersprüchliche Entwicklung: Die Wirtschaft in Deutschland boomt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, und trotzdem stiegen die Löhne der Beschäftigten bisher eher langsam.

Seit 2014 steigen zwar in Deutschland durchgängig die Reallöhne (die Reallöhne sind diejenigen Verdienste, die die Beschäftigten nach Abzug der Inflation im Geldbeutel haben). So stiegen 2017 die Löhne hierzulande nominal um 2,5 Prozent. Wegen der Inflation von 1,8 Prozent lag die reale Gehaltssteigerung jedoch nur bei rund 0,8 Prozent. Auch 2018 müssen sich die Arbeitnehmer mit einer realen Lohnerhöhung von lediglich 1 Prozent zufriedengeben.

Die durch die niedrigeren Zinsen entlastete Wertschöpfung kommt allerdings nur zum Teil bei der arbeitenden Bevölkerung an. Da die Geldanleger bei niedrigen Zinsen in Immobilien und Ressourcen ausweichen, steigen die Boden- und Ressourcenrenten. Das macht sich insbesondere in steigenden Immobilien- und Mietpreisen bemerkbar, die Zuwächse bei den Arbeitseinkommen wieder »auffressen« können.

Während sich der Zins mit Hilfe einer Geldreform auf durchschnittlich null senken lässt, lässt sich die Bodenrente nicht auf null senken. Zusammen mit allen Geld- und Bodenreformen war Helmut Creutz daher einer Meinung, dass die Geldfrage nicht getrennt von der Bodenfrage beantwortet werden kann und es einer Bodenrechtsreform bedarf, welche die Bodenrente abschöpft.

Diese Bodenrente könnte in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an jeden Menschen zurückver-



teilt werden. Alternativ dazu gibt es auch den auf Henry George zurückgehenden Vorschlag, die gesamte Bodenrente mittelst einer Bodenwertsteuer zugunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen und zur Finanzierung der öffentlichen Güter zu verwenden (single tax). Die Forderungen zur Einführung einer Bodenwertsteuer erhalten nun aufgrund der Auswirkungen der Geldordnung eine zusätzliche Legitimation.

### Fazit

Mit dem Fortfall hoher Zinsen sind bereits gesamtgesellschaftlich große Verbesserungen eingetreten, was sich auch an der gesunkenen

Arbeitslosigkeit zeigt. Es treten nun jedoch auch Probleme zutage, die vorher unbemerkt im Windschatten hoher Zinsen bestehen konnten, wie die Privatisierung der Bodenrenten in den Taschen der Bodeneigentümer. Ein Weg, der zweifellos fortgesetzt werden muss, ist die Weiterführung der Analysen von Helmut Creutz und seine Forderung, eine Geldhaltegebühr zur Umlaufsicherung zu erheben. Es kann nur in seinem Sinne sein, Probleme in der Geldordnung mit derselben Beständigkeit anzugehen, die ihn ausgezeichnet hat.

Thomas Kubo


# Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden

Dass Negativzinsen nach wie vor ein Aufreger sind, zeigten die Reaktionen der Medien auf einen Blogbeitrag des Internationalen Währungsfonds, in dem ein Vorschlag zur Umsetzung stärkerer Negativzinsen vorgestellt wurde. Hier die Kritikpunkte und unsere Gegenargumente.



Geldhorte aller Art müssen ein Ende haben. Sie gefährden unsere Wirtschaft und unsere Finanzstabilität.

## 1. Negativzinsen auf Bargeld enteignen die Bargeldbesitzer

 Unsere Zahlungsmittel sollten ein öffentliches Gut, und kein Privateigentum sein. Sie sind wohl die wichtigste Infrastruktur, die wir als moderne, hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft haben. Das Bargeld darf daher nicht zur Wertaufbewahrung dienen. Tatsächlich wird jedoch immer mehr Bargeld gehortet. Das Volumen der »umlaufenden« Euro-Scheine hat sich seit der Einführung 2002 mehr als verfünffacht, auf aktuell über 1,2 Billionen Euro. Demnach müsste jeder Einwohner des Euroraums, egal wie alt, durchschnittlich 3.540 Euro im Portemonnaie haben! Da Bargeld sicheres Zentralbankgeld ist, das grundsätzlich keinem Ausfallrisiko un-

**Der negative Zins stellt weder Betrug am Sparer, noch eine Enteignung dar. Vielmehr ist der positive Zins als Betrug am Kreditnehmer und Erpressung zu qualifizieren.**


terliegt, werden allein in Deutschland nach Schätzungen der Bundesbank circa 20 Prozent davon *gehörtet*, die restlichen 70 Prozent der von der Bundesbank ausgegebenen Banknoten befinden sich entweder in anderen Euro-Ländern (20 Prozent) oder außerhalb des Euro-Raums (50 Prozent). Nur knapp zehn Prozent werden für Zahlungszwecke genutzt.<sup>1</sup>

Ein negativer Geldzins nach Silvio Gesell ist keine Enteignung, sondern eine effektive Maßnahme gegen Geldhortung. Er gibt einen Impuls, der das Geld im Fluss hält bzw. die Investitionen hoch hält, da er das Zahlungsmittel Geld auf dieselbe Verhandlungsposition wie verderbliche bzw. im Zeitverlauf an Wert verlierende reale Güter herabsetzt. Eine ähnliche Wirkung hatten die Brakteaten in der Blütezeit

des Hochmittelalters, was bereits Irving Fisher 1937 mit Verweis auf Gesell feststellte.<sup>2</sup> Demzufolge können die Gesellschen Geldhaltegebühren auch als »demurrage fee« bezeichnet werden. Zutreffend ist auch die von Keynes gebrauchte Bezeichnung »Durchhaltekosten«, da es sich bei der Geldhaltegebühr de facto um eine Neutralisierung der Keynes'schen Liquiditätsprämie handelt.

Eine Enteignung wäre ein Entzug von Vermögenswerten. Geld stellt aber keinen Vermögenswert, sondern ein *Tauschmittel* dar, mit dem man Vermögenswerte *eintauschen* kann. Geld ist weder ein Apfel noch ein paar Schuhe noch sonst irgendein reales Gut und schon gar kein Kapital, auch wenn wir beide Begriffe oftmals als Synonyme verwenden. Kapital bezeichnet in der klassischen Volkswirtschaftslehre den dritten Produktionsfaktor neben menschlicher Arbeitskraft und Boden. Gemeint sind Maschinen oder andere Produktionsmittel. Geld hat anders als Maschinen oder Äpfel keinen eigenständigen Wert, arbeitet nicht und bekommt auch keinen Nachwuchs, wie bereits Aristoteles herausstellte, der den Zins aus der Geldleihe deshalb wohl zu Recht für widernatürlich hielt.<sup>3</sup>

## 2. Negativzinsen enteignen die Sparer

 Auch die irrtümliche Ansicht, Sparer würden nun, da es (fast) keine Zinsen mehr auf Guthabenkonto gibt, um ihre Zinsen betrogen, ist vermutlich Ausdruck des Missverständnisses, Geld sei ein Vermögenswert oder gar Kapital. Diese Ansicht ignoriert, dass es die Sparer selbst sind, die die Zinsen letztlich bezahlen. Das gilt selbst dann, wenn sie nicht verschuldet sind, da die Zinsen in den Preisen sämtlicher Produkte enthalten sind<sup>4</sup>, weil diese oder deren Vorprodukte von Unternehmen produziert wurden, die sich durch Darlehen finanzieren (das bezeichnenderweise und entsprechend dem oben angesprochenen Missverständnis *Fremdkapital* genannt wird). Zins ist ein ungerechtes Einkommen, weil dieses nicht auf der eigenen, sondern eben auf der Arbeitsleistung des Kreditnehmers beruht, der im Übrigen auch das unternehmerische und damit das eigentliche Risiko trägt. Es kann nur gekauft werden, was hergestellt wurde. Die in einer Volkswirtschaft erhältlichen Güter und Dienstleistungen geben dem Geld seinen Wert. Daher könnte man argumentieren, dass sich der Geldbesitzer eigentlich bei dem realwirtschaftlich produktiv tätigen Kreditnehmer dafür bedanken müsste, dass dieser durch seine produktive Investition seinem Geld einen Wert, also Kaufkraft verleiht – anstelle Zinsen von ihm zu erheben.

Wer das Tauschmittel Geld mit Nutzen stiftenden realen Gütern oder langfristigen Vermögensanlagen verwechselt, wird kaum die unserem Finanzsystem inhärente Problematik

## Cashing In: Wie man negative Zinssätze erreichen kann

Am 5. Februar berichteten die IWF-Mitarbeiter Ruchir Agarwal und Signe Krogstrup im Blog des Internationalen Währungsfonds über eine Möglichkeit, wie in der nächsten Rezession die effektive Zinsuntergrenze überwunden werden könnte. Der Vorschlag sieht vor, dass eine Zentralbank die Geldbasis in zwei Währungen trennt – Bargeld und elektronisches Geld (E-Geld). Das nur elektronisch ausgegebene E-Geld würde mit dem negativen Leitziins belastet, und Bargeld hätte einen Wechselkurs – den Umrechnungskurs – zum E-Geld.

Angenommen, die Zentralbank hat angekündigt, dass das Euro-Bargeld nun zu einer eigenständigen Währung wird, die gegenüber dem elektronischen Euro um 3 Prozent pro Jahr abwertet. Ihre Bank erhebt daraufhin einen negativen Zinssatz

von 3 Prozent auf Ihre Bankeinlage von 100 Euro. Die Umrechnungskurse von einem Euro Bargeld in einen E-Euro würde sich daher im Jahresverlauf von 1 auf 0,97 ändern. Nach einem Jahr wären 97 E-Euro auf Ihrem Bankkonto übriggeblieben. Wenn Sie stattdessen 100 Euro Bargeld abgehoben und ein Jahr lang zu Hause aufbewahrt hätten, würde der Umtausch in E-Geld nach diesem Jahr auch 97 E-Euro bringen.


Dieses Vorgehen würde es der Zentralbank ermöglichen, die kommende Rezession effektiv mit Negativzinsen zu bekämpfen, ohne dadurch massenhafte Bargeldabhebungen (Bankruns) auszulösen.

[blogs.imf.org/2019/02/05/cashing-in-how-to-make-negative-interest-rates-work/](https://blogs.imf.org/2019/02/05/cashing-in-how-to-make-negative-interest-rates-work/)

(weder die ökonomische, noch die moralisch-ethische<sup>5</sup>) erkennen.

Im Grunde könnte man es daher genau andersherum ausdrücken: Der positive Kreditzins ist Betrug am Kreditnehmer, denn der muss Zinsen zahlen für etwas, das selbst keinen Wert besitzt, sondern lediglich einen Wert repräsentiert. Man stelle sich einmal vor, man bekäme in einer Autovermietung anstelle des gemieteten Fahrzeuges nur den Fahrzeugbrief ausgehändigt, der das Auto repräsentiert. Die meisten würden sich wohl betrogen fühlen.

## 3. Negativzinsen verursachen Effizienzverluste durch Eingriff in das marktwirtschaftliche Gefüge

 Während Kritiker behaupten, mit Negativzinsen würde die Zentralbank den Geldmarkt manipulieren, gehen wir davon aus, dass der Zins heute nicht marktgerecht fallen kann. Führende Ökonomen wie Larry

Summers oder Ben Bernanke betonen seit langem, dass es einen weltweiten Überschuss der Ersparnisse gegenüber den Investitionen gibt.

Gesell bezeichnete den *positiven* Zins als »Erpressung«<sup>6</sup>. Eine Erpressung ist die unrechtmäßige Bereicherung aus dem Vermögen eines anderen, im Grunde also das Einstreichen eines Gewinns, ohne eine Gegenleistung dafür zu erbringen. Eben dies geschieht beim Erheben eines Geldzinses.

Ausgehend von Gesells These und seinen Untersuchungen, wonach dieser erpresste »Urzins« in der Geschichte empirisch nachweisbar bei 3-4 Prozent lag, muss dieser Urzins (bei Keynes: Liquiditätsverzichtsprämie) erst neutralisiert werden, um überhaupt einen freien und fairen Markt zu etablieren!

Wirtschaftliche Effizienzverluste sind daher über Jahrhunderte hinweg geldbedingt eingetreten, weil die Wirtschaftlichkeit von Unternehmungen künstlich erschwert wurde.


- 1 Lt. Rede von Carl-Ludwig Thiele bei der Tagung »Die Bedeutung des Bargelds als Wertaufbewahrungsmittel« am 03.04.2017 in Berlin.
- 2 Irving Fisher: Feste Währung, übersetzt von Hans Cohnsen und herausgegeben von Otto Lautenbach 1937, S. 13: »Da das Brechgeld der Umprägung und einem 25% Schlagschatz nach ca. 5 Monaten unterlag, entstand ein Verlust von 25% ... Der Verlust verteilte sich auf 5 Monate ... Der letzte Besitzer hatte daher höchstens 5% Verlust, es sei denn er hätte die Münze unnötig lang behalten. So muss der Schlagschatz einen beträchtlichen Einfluß auf die Geschwindigkeiten des Umlaufs ausgeübt haben ... Dies erste Beispiel einer Art Beherrschung der Umlaufgeschwindigkeit ist von Interesse für die Geschichte der Wertbefestigung. Nachdem das Brechgeld etwa 1350 verschwunden war, vergaß man den Grundgedanken, bis er bestimmter in den Schriften Silvio Gesells wieder auftauchte.«
- 3 Aristoteles: Politik, 1. Buch, 1258b.
- 4 Helmut Creutz: Das Geldsyndrom, München 1993, S. 95 f., 106 f.; ähnlich auch Margit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation, Steyerberg 1990, S. 25 ff.
- 5 Hierzu Felix Fuders: »Warum der Zins auch moralisch nicht zu rechtfertigen ist«, in: Humane Wirtschaft 2/2010, S. 26-29.
- 6 Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, S. 205, 344.



Das Geld vermittelte den Austausch der Waren nur unter Erhebung einer Abgabe. »Ist der Markt die Straße, auf der die Waren ausgetauscht werden, so ist das Geld der Schlagbaum, der nur nach Zahlung des Wegegeldes erhoben wird«, so Gesell. Unternehmungen, die durchaus wirtschaftlich wären, aber dieses »Wegegeld« nicht zusätzlich erwirtschaften können, müssen notgedrungen unterbleiben oder werden, weil sie oft gesellschaftlich besonders wichtig sind, als »nicht marktfähige« Tätigkeiten ganz oder teilweise unentgeltlich ausgeführt. Mit stärkeren Negativzinsen könnten insbesondere die sogenannten SAHGE-Berufe (soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit/Pflege und Erziehung) finanziell aufgewertet werden. In diesen Berufen wird gesellschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit geleistet, bislang oft ohne eine leistungsgerechte Vergütung – und dies zumeist von Frauen.

Der unnatürliche Geldzins (Aristoteles), der sich als Prämie für den Verzicht auf Liquidität (Keynes) aus der unnatürlichen, unbeschränkten Hortbarkeit des Bargeldes ergibt, ist vermutlich der bedeutendste, aber zugleich am wenigsten erkannte Grund für Marktversagen.<sup>7</sup> Ein effektiver negativer Zins, der auch auf Bargeld erhoben wird, würde dem Bargeld die unnatürliche Sonderstellung gegenüber realen Gütern nehmen. Erst dann wäre Geld wirklich neutral, wie es in Lehrbüchern geschrieben steht. Mit einem solchen, sodann wirklich neutralen Geld könnten sich die wohlstandsmehrenden Effekte des Modells der vollständigen Konkurrenz vermutlich tatsächlich einstellen, während dies heute nicht möglich ist.

#### **4. Negativzinsen haben negative Auswirkungen auf die Produktivität und damit auf Wachstum und Lohnniveau**

 Im gegenwärtigen System wird das »Wegegeld« zur Geldfreigabe normalerweise mit einem Zins deutlich höher als null Prozent gesichert. Zusätzlich wird der Geldumlauf durch Inflation gefördert, welche wiederum aus dem Zins resultiert, der eine stetig wachsende Geldmenge hervorruft, die sich allmählich von der Realwirtschaft abkoppelt,<sup>8</sup> was in der Geld- und Preistheorie leider ebenfalls nicht verstanden wird. Es ist aber genau aus diesem Grund für die Europäische Zentralbank so wichtig, ihr Inflationsziel von ca. 2 Prozent zu erreichen, da sonst der Geldfluss noch mehr

stockt. Diese Art der Umlaufsicherung durch positive Zinsen und Inflation ist jedoch destruktiv: Ihre Folge sind unter anderem Umverteilung von der Mehrheit zu Wenigen, extreme Kapitalkonzentrationen, die zu Demokratieverlust führen, und Wachstumszwang.

Ewiges Wirtschaftswachstum zerstört langfristig die Umwelt und ist kein erstrebenswertes

## Wir brauchen effektive Negativzinsen!

Dass negative Zinsen auf Zentralbankgeld alleine, ohne auch das Bargeld mit einer Hortungsgebühr zu belasten, nicht automatisch die Zirkulation des Geldes erhöhen, zeigt sich auch daran, dass die EZB sich in der Krise gezwungen sah, weitere außergewöhnliche Maßnahmen zu treffen, um das Finanzsystem mit Liquidität zu versorgen: So hat die EZB im Dezember 2011 und Februar 2012 den Geschäftsbanken mehr als 1 Billion Euro zur Refinanzierung mit einer außergewöhnlichen Laufzeit von drei Jahren zur Verfügung gestellt (longer-term refinancing operations, LTROs). Insgesamt führten die Zuteilungen beider Geschäfte zu einem Nettozuwachs von rund 480 Mrd. Euro in der Liquiditätsversorgung des Eurosystems.<sup>9</sup> Da diese und weitere LTROs jedoch nicht in ausreichendem Maße in der Realwirtschaft ankamen, hat die EZB im September und Dezember 2014, dann nochmal im Juni, September und Dezember 2016 sowie im März 2017

gezielte Gelder in Höhe von insgesamt 953 Mrd. Euro für bis zu vier Jahre bereitgestellt. Sie sollten die Kreditkonditionen des privaten Sektors verbessern und gezielt die Kreditvergabe an die reale Wirtschaft stimulieren (targeted longer-term refinancing operations, TLTROs).

In einer weiteren historischen Entscheidung vom 22. Januar 2015 hat die EZB beschlossen, weitere Liquidität durch den Kauf von Staatsanleihen in die Märkte zu pumpen. Bis zum Ende dieser Quantitative-Easing-Programme im Dezember 2018 beliefen sich die Ankäufe auf rund 2,6 Billionen Euro.

Diese massiven Liquiditätsspritzen beweisen, dass der Fluss des Geldes ganz offenbar auch noch bei einem Negativzins von -0,4% stockt. Der Negativzins ist zu gering.

tes Ziel an sich. Es ist erfreulich, dass in den Wirtschaftswissenschaften wenigstens bei einigen inzwischen angekommen ist, dass es unendliches reales Wirtschaftswachstum nicht geben kann. Tatsächlich ist es der positive und nicht der negative Zins, der die Wirtschaft zu Wachstum zwingt. Empirisch ließ sich beobachten, dass – entgegen der Lehrmeinung<sup>10</sup> – Zinsniveau und Wirtschaftswachstum mittelfristig im Gleichschritt liefen. Wenn das Zinsniveau hoch war, waren es in der Vergangenheit auch die Wachstumsraten der Wirtschaft und umgekehrt.<sup>11</sup> Die einzige Möglichkeit, der Wirtschaft diesen Wachstumszwang nachhaltig zu nehmen und in eine Postwachstumsökonomie einzutreten, ohne dass dabei Arbeitslosigkeit und Armut entstehen, ist, den positiven Zins auf null sinken zu lassen. Eine Steady-State-Economy (Daly)<sup>12</sup> wird es nur in einem Wirtschaftssystem geben, in dem es keine positiven Kreditzinsen gibt.<sup>13</sup>


**Der Urzins muss erst neutralisiert werden, um überhaupt einen fairen Markt zu etablieren!**

Die Niedrigzinspolitik findet derzeit am »kurzen Ende« des Geld- und Kapitalmarktes statt. Am langen Ende sind die Zinsen durchaus noch deutlich sichtbar, in einigen anderen Ländern mehr noch als in Deutschland. Die 0,4%-Gebühr auf Einlagen, die Geschäfts-

banken bei der Europäischen Zentralbank halten, hat bisher noch nicht genügend Druck auf das Geldangebot ausgeübt, damit der Zinssatz, den Privatkunden für Kredite bei ihren Banken zahlen, tatsächlich gegen null tendiert. Das wäre den Banken aus Wirtschaftlichkeitsgründen auch nur möglich, wenn sie den Negativzins der Zentralbank komplett an ihre Einleger weiterreichen könnten. Im Gesellschaften Freigeldsystem würde durch diese Neutralisierung des Liquiditätsvorteils der Druck auf das Geldangebot derart erhöht, dass der Kreditzins marktgerecht gegen null tendierte.

Die oft zu lesende Kritik, die niedrigen und negativen Zinsen würden unproduktive Zombie-Banken und Zombie-Firmen unnötig am Leben erhalten, ist in ihrer Pauschalität an Zynismus kaum zu übertreffen. Laut Creditreform kann selbst im reichen Deutschland jedes siebte Unternehmen mit seinen Gewinnen die Fremdkapitalkosten nicht decken. Zögen die Zinsen an, wären viele Unternehmen insolvent. Vielleicht wird in diesen Firmen aber sinnvolle Arbeit geleistet. Möglicherweise könnten sie durchaus wirtschaftlich betrieben werden, wenn die Zinsen marktgerecht wären. Im Süden Europas hätte ein Anheben der Zinsen noch dramatischere Folgen.


#### **5. Negativzinsen bedrohen die Altersvorsorge**

 Wenn kritisiert wird, Negativzinsen würden die Altersvorsorge der Bürgerinnen und Bürger bedrohen, wird übersehen, dass die Kosten ausschließlich auf Bargeld und kurzfristige Einlagen erhoben werden.

Nicht betroffen sind demnach mittel- bis langfristige Einlagen. Sparen, für die Altersvorsorge oder größere Anschaffungen in der Zukunft, ist ohne weiteres möglich! Um dies zu verstehen, sollte man sich mit der Zinsstrukturkurve beider Systeme (Zinsen deutlich größer null Prozent und Zinsen deutlich kleiner null Prozent) auseinandersetzen.<sup>14</sup>

Werden Rentenbeiträge in Anleihen angelegt, kommt es nicht auf eine positive Verzinsung, sondern auf den *Werterhalt* an. »Kapitaldeckung« ist eine Luftnummer. Stattdessen muss die gesetzliche umlagefinanzierte Rente wieder gestärkt werden. Da effektive Negativzinsen für eine gute, verstetigte Konjunktur sorgen und den Anteil des Faktors Arbeit am Volkseinkommen steigen lassen, können die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung so angepasst werden, dass kein Rentner Altersarmut erleidet. Bei der hohen Produktivität unserer Wirtschaft ist dabei auch die demografische Entwicklung kein unüberwindbares Problem.

## 6. Negativzinsen gefährden die Rentabilität der Banken

 Insbesondere die Sorge um die Rentabilität der Banken, und damit auch um die Finanzstabilität, spielt bei den Negativzins-Kritikern eine große Rolle.

Wenn Banken heute nicht mehr genügend kreditwürdige Kreditnehmer finden, um die Guthabenzinsen ihrer Kunden zu bedienen, spekulative Investments durch strengere Bankenregulation ebenfalls kaum noch möglich sind, und es auch bei der EZB keine Zinsen mehr gibt, sondern im Gegenteil Banken für ihre Einlagen bei der EZB »Parkgebühren« zahlen müssen, so bleibt den Banken langfristig kaum eine Alternative, als ebenfalls auf Guthaben negative Zinsen zu erheben.


Wenn nun dem Bargeld ein ausreichend hoher negativer Zins angehaftet würde, so würden Banken auf Einlagen automatisch ebenfalls diesen Zins erheben müssen und *können*(!). Dies brächte den Vorteil mit sich, dass dieser Negativzins dann bei allen Banken gleich hoch wäre, wodurch Wettbewerbsverzerrungen vermieden würden.

Zu beachten ist allerdings, dass neben dem Bargeld lediglich die Sichteinlagen dieser Gebühr unterliegen sollten, wenn wir erreichen wollen, dass Gelder verliehen werden. Menschen sollen ja ihr Geld ausgeben, es investieren oder aber es zinsfrei verleihen. In einem Gesellschen Freigeldsystem würden Banken Gelder von Kunden nur dann verleihen, wenn der Kunde diese ausdrücklich dafür freigibt, um so der andernfalls anfallenden Geldhaltegebühr (dem Negativzins) zu entgehen. Der Kunde legt sein Geld dann fest für einen bestimmten Zeitraum (Monate oder Jahre) an.

Können die Geschäftsbanken negative Guthabenzinsen erheben, erhöht sich auch ihre Zinsmarge wieder. Darüber hinaus könn-

ten sie neben aufwandsgerechten Kontoführungsgebühren angemessene Provisionen erheben, auch für die Vermittlung von Krediten.

## 7. Negativzinsen bedrohen die Finanzmarktstabilität

 Normalerweise zahlen Banken höhere Zinsen, je längerfristig die Kunden die Gelder anlegen. Für die Bank haben solche Termin- bzw. Festgelder nämlich den Vorteil, dass sie nicht täglich abgerufen werden können, was ihnen bei der Planung der Kreditvergabe hilft. In den letzten Jahren wurde allerdings immer weniger Geld langfristig angelegt. Im Gegenteil wurden lang- und längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten abgebaut. Stattdessen sind die Volumina täglich fälliger Einlagen förmlich explodiert. Dadurch wiederum sind die systemischen Risiken weiter massiv gestiegen.

Durch die Einführung effektiver Negativzinsen würden die Bankkunden dazu veranlasst, überschüssige Gelder wieder längerfristiger anzulegen. Dadurch würde das Fristentransformations-Risiko der Banken deutlich verrin-

**Silvio Gesell hat vorgeschlagen, dass das Geld zirkulieren soll, und nicht, dass dem Horten durch Drucken von Geld entgegen-gewirkt werden soll.**


gert, was die Stabilität unseres Bankensystems stark verbessern würde.

Im Freigeldsystem würden Festgelder nicht mit dem Negativzins belastet, brächten andererseits aber auch keine positiven Zinsen. Wenn nun aufgrund der Politik der EZB Termingelder mit der Gebühr belastet würden, so wäre dies im Grunde das Gegenteil von dem, was Gesell erreichen wollte. Die Vergabe

von Krediten und damit das Zirkulieren des Geldes würde erschwert werden, weil auch die fest angelegten Gelder abgezogen würden.

Nur Bankeinlagen zu belasten, hat in dieser Situation nicht den gewünschten Effekt, das Geld tatsächlich in Fluss zu halten, sondern kann im Gegenteil die Gefahr von Bankpleiten und damit eines Bank Runs erhöhen. Die Kritiker der Negativzinsen müssten erkennen, dass die jetzige Umsetzung aufgrund der fehlenden Einbeziehung des Bargelds noch nicht effektiv genug ist. Negative Zentralbankzinsen *müssen* mit einer Belastung des Bargeldes einhergehen, wollte man den Negativzins der EZB mit dem eigentlichen Vorschlag Silvio Gesells vergleichen, welcher bei den tatsächlichen Geldhaltern ansetzt.

## 8. Negativzinsen bewirken Kapitalflucht und eine Abwertung des Euro, wodurch die Bürger Kaufkraftverluste erleiden

 In einem Gesellschen Freigeldsystem, bei dem der Negativzins dem Bargeld anhaftet, würde der befürchtete Abfluss von Geldern ins Ausland, wo evtl. nach wie vor positive Zinsen bezahlt werden, stark begrenzt. An den Devisenbörsen würde eine Währung, der eine Hortungsgebühr anhaftet, mit einem entsprechenden Abschlag gegenüber ausländischen und nicht umlaufesicherten Währungen gehandelt werden. Mit anderen Worten würde die Hortungsgebühr auch beim Umtausch in eine ausländische Währung anfallen, was den Anreiz, Geld im Ausland anzulegen, verringern dürfte. Zurzeit kann der Euro dagegen noch problemlos an Devisenbörsen ohne einen solchen Abschlag gehandelt werden. Auch aus diesem Grund sollte Bargeld mit einer Geldhaltegebühr belastet werden.

Auch Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff geht davon aus, dass der Außenhandel eines Landes, das tiefe Negativzinsen einführt, weil es das Bargeldproblem gelöst hat, durch die Abwertung der Wechselkurse stark profitieren würde.<sup>15</sup>

Im Inland ist mit Kaufkraftverlusten nicht zu rechnen. Der springende Punkt ist, dass

7 Felix Fuders: »Smarter Money for smarter cities«, in: Eva Dick et al (Hg.): Decentralisation and Regional Development: Experiences and Lessons from Four Continents over Three Decades, Springer 2016, S. 155-185. Hier: S. 178 f.; ders.: »Neues Geld für eine neue Ökonomie: Die Reform des Geldwesens als Voraussetzung für eine Marktwirtschaft, die den Menschen dient«, in: Gregor Krämer (Hg.): Finanzwirtschaft in ethischer Verantwortung, Springer Gabler, Wiesbaden 2017, S. 121-183. Hier: S. 152.

8 Felix Fuders et al., The Central Bank's dilemma, the Inflation-Deflation Paradox and a new interpretation of the Kondratieff waves, in: *Economia* Vol. 36 (2013), S. 33-66.

9 European Central Bank (ECB): Monthly Bulletin February 2013, Seite 31f.

10 Vgl. etwa Joseph Stiglitz: *Macroeconomía*. 2. Aufl., Barcelona 1998, S. 337.

11 Vgl. Felix Fuders et al.: The Central Bank's dilemma, a.a.O..

12 Herman Daly: *Steady-state economics: second edition with new essays*. Island Press, Washington 1991; Daly/Farley: *Ecological Economics – Principals and Applications*, Island Press, Washington 2004, S. 54 f.

13 Felix Fuders: »Smarter Money for Smarter Cities«, S. 177 f.

14 Vgl. u.a. Steffen Henke: *Fließendes Geld für eine gerechtere Welt. Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat*, Tectum, Baden-Baden 2017, Kapitel III.6: »Die Zinsstrukturkurve«, S. 200 ff.

15 Kenneth S. Rogoff: *Der Fluch des Geldes – Warum unser Bargeld verschwinden wird*, Finanzbuchverlag 2016, S. 265.

die Negativverzinsung der Zahlungsmittel insgesamt zu einer stabilen Währung führt. Indem die Konjunktur stabilisiert wird, gehen Inflations- und Deflationsgefahren zurück. Inflation und Deflation können bereits im Ansatz wirkungsvoll bekämpft werden.

**9. Durch Negativzinsen droht ein Vertrauensverlust der Notenbanken und des Geldsystems, der gesellschaftliche und politische Krisen bis hin zu Bürgerkriegen hervorrufen kann.**

Das Finanzsystem erlebt – ganz unabhängig von den Negativzinsen – schon seit vielen Jahren einen Vertrauensverlust: 2000 durch das Platzen der Dotcom-Blase, seit 2007 durch die weltweite Finanzkrise. Die EZB versuchte, die drohende Deflation durch das Drucken von Geld zu vermeiden. Sie be-

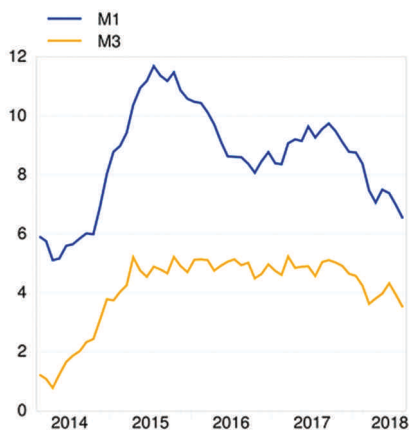


Abb. 1: Wachstumsrate M1 (blau) und M3 (gelb)  
Quelle: EZB (2019)

gegnete dem gesunkenen Geldschöpfungsmultiplikator (bedingt durch die geringe Kreditvergabe) mit dem Ausweiten der Zentralbankgeldmenge M0. In der Folge wächst die Geldmenge M1 schneller als die Geldmenge M3 (siehe Abb. 1).<sup>15</sup> Anders ausgedrückt: Würde die EZB kein Geld drucken, würde die Geldmenge M3, in der die Geldmenge M1 enthalten ist, kaum noch wachsen oder gar schrumpfen.

Das viele neue Geld kam aber nur zu einem geringen Teil in der Realwirtschaft an. Stattdessen wurde und wird es am Aktien- oder Immobilienmarkt investiert, wo es immer größere Spekulationsblasen hervorruft. Wenn diese Blasen platzen und das viele Geld dann irgendwann plötzlich doch für Transaktionen in der Realwirtschaft zur Verfügung steht, ist eine Hyperinflation nicht ausgeschlossen. Statt also den Fehler im Geldsystem zu beheben und dem Geld, insbesondere dem Bargeld, einen Umlaufsicherungsimpuls zu verpassen, werden die Märkte mit noch mehr von dem nicht funktionierenden Geld über-

schwemmt. Das ist das Gegenteil von dem, was Gesell vorgeschlagen hatte. Gesell hatte vorgeschlagen, dass das Geld zirkulieren soll, und nicht, dass dem Horten durch Drucken von Geld, also dem Ausweiten der Geldmenge, entgegengewirkt werden soll.

Die quantitativen Lockerungsmaßnahmen der EZB sind, trotz kurz- und mittelfristiger Entlastungen des Finanzsystems, im Endeffekt kontraproduktiv und können den weiter drohenden Vertrauensverlust nicht aufhalten, im Gegenteil.

**10. Negativzinsen sind nicht geeignet, um die zunehmende Überschuldung abzubauen**

Anders als dies zum Teil dargestellt wird, hat sich der breite Mittelstand in Deutschland wohl nicht durch, sondern glücklicherweise trotz des Zinses entwickelt. Das war in Deutschland (anders als in vielen anderen Ländern) auch deshalb besonders gut möglich, weil unser Finanzsystem in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg noch jung war, die Schere zwischen den durch den Zins exponentiell wachsenden Vermögen und den exponentiell wachsenden Schulden daher noch nicht so groß war. Je länger aber das Finanzsystem existiert, desto effektiver funktioniert der Umverteilungsmechanismus zwischen einer stetig wachsenden Mehrheit, die die Zinsen erwirtschaften muss, hin zu denjenigen, die die Zinsen empfangen. Das hat auch zur Folge, dass immer mehr Wirtschaftsakteure trotz harter Arbeit ihre Kredite nicht mehr bedienen und so ihre Schulden nicht mehr abbauen können. Überschuldung ist die Folge.

Durch die Einführung minimaler Negativzinsen konnte die Zinsumverteilung zwar gedrosselt, aber noch nicht zum Stillstand gebracht oder gar rückgängig gemacht werden. Dazu würden effektivere, d.h. stärkere Negativzinsen benötigt. Wichtig ist, dass der Trend durchbrochen wird und Geld dorthin fließt, wo es gebraucht wird.

Vermutlich werden wir ohne effektive Negativzinsen auch in Deutschland bald eine ebenso kleine Mittelschicht und eine ebenso große Ungleichheit haben, wie sie in vielen anderen Ländern der Welt schon lange existiert.

**11. Negativzinsen bewirken ein Ausweichen in Gold und Kryptowährungen**

Durch die negative deutsche Presse zum IWF-Blog wurden auch erboste

und teilweise niveaulose Leserdiskussionen losgetreten, die zeigen, wie defizitär die Aufklärung über die Auswirkungen der Negativzinsen hierzulande betrieben wird.<sup>16</sup>

Einige Leser empfahlen als Gegenmaßnahme zu negativen Zinsen, Edelmetalle wie Gold oder Edelsteine zu »bunkern«. Andere befürchteten jedoch, dass auch Gold verboten werden könnte. Wieder andere setzen gar auf Bitcoin und andere Kryptowährungen, die angeblich sicher seien. Sie übersehen, dass auch bei Negativzinsen Sparen durch länger- und langfristiges Festlegen von Geld möglich ist – es dürfen eben nur keine Zahlungsmittel gehortet werden, da dadurch unsere öffentliche Zahlungsverkehrsinfrastruktur geschädigt würde. Zahlungsmittel müssen Gemeingut sein. Und wer sein Geld weiterhin in Gold oder in Kryptowährungen anlegen will, darf das gern tun, muss sich aber darüber bewusst sein, dass er Verluste erleiden kann.

**12. Negativzinsen auf Bargeld führen zur totalen Kontrolle der Bürger**

Dieser Kritikpunkt ist richtig, wollte man effektive Negativzinsen durch die Abschaffung des Bargeldes durchsetzen, was zuletzt immer wieder vorgeschlagen wurde. Die Abschaffung von Bargeld wäre zwar eine Lösung, aber eine, die uns die Freiheit nimmt, anonym zu zahlen. Die Folge wäre die totale Überwachung. Besser wäre es, dem Bargeld ebenfalls den Negativzins anzuhafte, was technisch heute möglich wäre. Dadurch bliebe uns das Bargeld als anonymes Zahlungsmittel erhalten.

**13. Negativzinsen auf Bargeld bedeuten einen hohen kommunikativen, organisatorischen und technischen Aufwand**

Der Aufwand, Negativzinsen auch auf Bargeld einzuführen, scheint zunächst hoch, ist jedoch überaus lohnenswert: Wenn jetzt auch das Bargeld mit dem Negativzins belastet würde, dann wäre das eine Lösung zur Vermeidung nicht nur von Inflation, Deflation und Finanzkrisen. Vielmehr würden auch die anderen großen Herausforderungen unserer Zeit zumindest deutlich abgemildert werden: Umweltzerstörung durch Wachstumszwang und die ungerechte, weil nicht auf der eigenen Arbeitsleistung beruhende, Ungleichverteilung der Einkommen.

Felix Fuders und Beate Bocking

15 EZB, Press Release vom 27.02.2019: [www.ecb.europa.eu/press/pr/stats/md/html/ecb.md1901~08fe6c33d2.en.html](http://www.ecb.europa.eu/press/pr/stats/md/html/ecb.md1901~08fe6c33d2.en.html)

16 Ein negatives Beispiel lieferte der Focus unter der Überschrift »IWF-Vorschlag empört FOCUS-Online-Leser: »Ausbaden sollen es die Sparer« auf Focus-Online am 12.02.2019: [www.focus.de/finanzen/boerse/iwf-will-bargeld-besteuern-vorschlag-bringt-hitze-kommentare-der-focus-online-leser\\_id\\_10311860.html](http://www.focus.de/finanzen/boerse/iwf-will-bargeld-besteuern-vorschlag-bringt-hitze-kommentare-der-focus-online-leser_id_10311860.html)



# SEMINARREIHE »WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT«

Suchen Sie nach dem Rüstzeug für eine fundierte Beurteilung politischer Fragen? Hier könnten Sie fündig werden!

Welche Rolle spielen Geld und Boden? Warum brauchen wir eine Geldreform? Was könnten wir durch eine Grundsteuerreform erreichen?... In dieser Seminarreihe in Wuppertal werden Probleme und Lösungsvorschläge zum Geld- und Finanzsystem, der Boden- und Ressourcenordnung sowie weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend behandelt.



Fritz Andres und Jobst von Heynitz

An dem Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. (Sffo), Bad Boll, sind auch der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e.V. beteiligt. Die Seminare

werden geleitet von Fritz Andres, Jobst von Heynitz und David Fiedler vom Sffo.

Die nächsten drei Wochenend-Veranstaltungen behandeln das Geld-Thema:

30.-31. März 2019: Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

25.-26. Mai 2019: Auswirkungen einer Reform der Geldordnung

20.-21. Juli 2019: Die Zukunft der Unternehmensverfassung nach der Geldreform



Weitere geplante Seminarwochenenden:

- Die Zukunft des Bildungswesens jenseits von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz
- Herkunft und Zukunft des Ordoliberalismus
- Querschnittsbetrachtungen, Überblicke und Methodenfragen

Nähere Informationen und Anmeldeformular unter: [lernort-wuppertal.de](http://lernort-wuppertal.de) und [humane-wirtschaft.de](http://humane-wirtschaft.de)

Informationen zum Seminar für freiheitliche Ordnung: [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

## Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft 30.-31. März 2019

### Samstag, 30. März 2019

- 10.00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
- 10.15 Das Geld
- als vollkommenes Tauschmittel
  - als vollkommener Wertmaßstab
  - als vollkommener Wertaufbewahrer
- 11.15 Was wir zu erwarten haben,
- wenn das Geld als Tauschmittel versagt
  - wenn das Geld als Wertmesser versagt
  - wenn das Geld als Wertaufbewahrer versagt
- 12:00 Die Abbildung der Geldfunktionen in der Verkehrsgleichung von Irving Fisher
- 15:00 Stützen oder stören sich die Funktionen des Geldes als
- Tauschmittel und Wertmesser?
  - Tauschmittel und Wertaufbewahrer?
  - Wertmesser und Wertaufbewahrer?
- 16.30 Das magische Dreieck meistern
- mit inflationärem Gleichgewicht
  - durch Altern statt Abschaffung des Geldes
- 20.00 Der Hang der Sparer zur Liquidität als Ursache der Finanzkrisen

### Sonntag, 31. März 2019

- 09.30 Staatliches Geld und privat geschaffene Zahlungsmittel – Optimierung des Zahlungsverkehrs oder geldpolitisches Problem?
- 11.00 Gemeinsamer Tagungsrückblick

## Auswirkungen einer Reform der Geldordnung 25.-26. Mai 2019

### Samstag, 25. Mai 2019

- 10.00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
- 10.15 Von der Selbstversorgung und dem Naturaltausch zur arbeitsteiligen Geldwirtschaft
- 10.45 Den Geldkreislauf zu schließen, ist das unmittelbare Ziel der Geldreform
- 11.30 Durch Dauerkonjunktur zur Vollbeschäftigung
- 15.00 Von der Vollbeschäftigung zur Sättigung des Kapitalmarkts: das Sinken des Zinses
- 15.45 Arbeitsverhältnis und Unternehmensverfassung in der nachkapitalistischen Gesellschaft
- 17.15 Die Überwindung des Kapitalismus verschärft die Privilegien aus Naturbesitz – was tun?
- 20.00 Die Finanzkrise – eine Krise des Kapitalismus und der heutigen Bodenordnung, nicht der Marktwirtschaft

### Sonntag, 26. Mai 2019

- 9.00 Kaufen – Leihen – Schenken: Neue Perspektiven in einer Welt negativer Zinsen
- 9.45 Wirtschaftswachstum nach der Geldreform
- 11.00 Zusammenfassendes Rundgespräch: Hindernisse und Chancen für eine Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus

## Die Zukunft der Unternehmensverfassung nach der Geldreform 20.-21. Juli 2019

### Samstag, 20. Juli 2019

- 10:00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
- 10:15 Die Unternehmensverfassung als Spiegel ihres gesamtwirtschaftlichen Umfeldes
- 11:00 Die Eingliederung der Arbeit in den Produktionsprozess – Kritik des Lohnverhältnisses – Die Arbeit als Ware
- 15:00 Die Überwindung des Lohnverhältnisses durch betriebl. Partnerschaft – Voraussetzungen u. mögl. Gestaltungen
- 16:45 Die Stellung des Kapitals im Unternehmen – Kennzeichen und Strukturen – Das Eigentum an den Produktionsmitteln
- 20:00 Die Überwindung der Abhängigkeit des Unternehmers von der Kapitaleite – Konsequenzen für die Unternehmensorganisation

### Sonntag, 21. Juli 2019

- 9:00 Die Zukunft der Unternehmensverfassung
- 10:30 Chancen für eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse – Heutige Möglichkeiten der Unternehmensgestaltung
- 11:30 Rückblick auf die Tagung und Ausblick

**JETZT ANMELDEN!**

## Mitmacher gesucht!

Der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 19. bis 23. Juni 2019 in Dortmund statt. Wer kann sich vorstellen, am INWO-Stand mitzuwirken und bei kleinen Rollenspielen mitzumachen?

Interessenten können sich bei [bernd.cremer@INWO.de](mailto:bernd.cremer@INWO.de) melden.

## Infotag Monetäre Vielfalt

Am 12./13. April 2019 plant MONNETA eine Veranstaltung mit dem Master-Studiengang Plurale Ökonomik der Universität Siegen (in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Helge Peukert). Für den Freitagnachmittag ist ein Vortrag von Gerhard Schick (ehem. Finanzpolitischer Sprecher der Grünen, jetzt bei der Bürgerbewegung Finanzwende) geplant.

Am Samstag gibt es für die Studenten der Pluralen Ökonomik einen Infotag zu verschiedenen Ansätzen der



Geldreform, an dem die INWO einen Einführungsvortrag und einen Workshop zum Thema »Freigeld« anbieten wird.

Mehr Infos unter [monneta.org/event/monnetta-vor-ort-siegen-2019/](http://monneta.org/event/monnetta-vor-ort-siegen-2019/)

## Unsere Vorhaben für 2019

In diesem Jahr stehen wichtige und vielversprechende Projekte an:

### Bodenwende

Das historische Zeitfenster für eine gerechtere Bodenordnung in Deutschland schließt sich Ende 2019, da bis dahin die Grundsteuer neu geregelt werden muss.

Wir geben nicht auf und setzen uns weiterhin mit aller Kraft dafür ein, dass die Bodenwertsteuer bis Ende des Jahres gesetzlich verankert wird!

### Geldwende

Dringend braucht es überzeugende internationale Forschungsarbeiten zum Thema Negativzinsen. Viele Aspekte und positive Auswirkungen sind bislang noch zu wenig erforscht. Außerdem sollten jetzt Vorschläge zur technischen Umsetzung so ausgefeilt werden, dass in der kommenden Rezession effektive Negativzinsen auch tatsächlich implementiert werden können. Um Entscheidungs-

träger mit dem notwendigen akademischen Rückhalt zu versorgen, muss die Forschung auf dem Gebiet der Negativzinspolitik gefördert werden.

Die INWO lobt daher 2019 einen Forschungspreis von 5.000 Euro für die beste wissenschaftliche Arbeit zum Thema aus. Miles Kimball (University of Colorado Boulder) und Ruchir Agarwal (Internationaler Währungsfonds) haben uns ihre unentgeltliche Mitarbeit in der Jury bereits zugesagt.

Die Preisverleihung soll anlässlich einer wissenschaftlichen Konferenz zur Negativzinspolitik (Negative Interest Rate Policy) stattfinden.

### Vernetzung geht weiter

Die Vernetzung des letzten Jahres geht in die zweite Runde:

- Am 24. März treffen sich die Vorstände mehrerer freiwirtschaftlicher Organisationen in Wuppertal, um die Möglichkeiten ei-

ner intensiveren Zusammenarbeit zu besprechen.

- Am 18. und 19. Mai findet in Berlin das zweite Konvergenztreffen für eine Geldwende statt. Die Grundidee ist, dass sich die Bewegungen, die sich in Deutschland für ein nachhaltig-gerechtes Geld- und Finanzsystem im Dienst der Gesellschaft einsetzen, besser kennenlernen und Differenzen abbauen. Die Chancen für öffentliche Aufmerksamkeit und gesellschaftlichen Impact sind sehr viel höher, wenn die notwendigen Veränderungen mit vereinter Stimme eingefordert werden würden.

Neben Vollgeldreformern, ethischen Bankern, Gemeinwohl-Bewegten, Regiogeld- und Parallelwährungsvertretern, Keynesianern, MMTlern und Kryptowährungs-Anhängern wird auch der INWO-Vorstand vertreten sein.

Felix Fuders, Beate Bockting  
und Matthias Klimpel



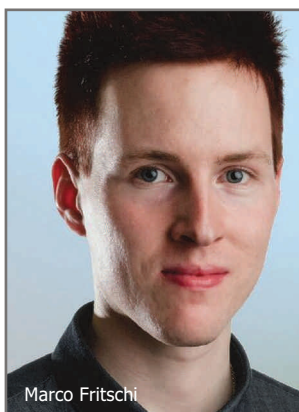
## Deine Spende für die Geld- und Bodenwende

Um all diese Aufgaben bewältigen zu können, freuen wir uns über Deine Spende für die Geld- und Bodenwende! Auch kleine Beträge sind willkommen.

Konto INWO e.V.: IBAN DE32 4306 0967 6010 4514 00  
bei der GLS Bank

Unter [www.inwo.de/spenden](http://www.inwo.de/spenden) kannst Du auch bequem mit Paypal spenden.

## Marco Fritschi neu im Vorstand



Marco Fritschi

Am Samstag, den 23. Februar 2019 fand die 29. Generalversammlung der INWO Schweiz in Baden statt. Neu wurde Marco Fritschi aus Winterthur (Jahrgang 1993) in den Vorstand gewählt. Er ist gelernter Informatiker und arbeitet als Software Engineer & Projektleiter. Nebenher studiert er Rechtswissenschaften. Weitere Informationen finden sich auf seiner Internetseite: [www.marcofritschi.ch](http://www.marcofritschi.ch).

Hansruedi Weber, Daniel Meier, Roland Stebler und Alec Gagneux, die sich als Team bereits seit zehn Jah-

ren gemeinsam im INWO-Vorstand engagieren, freuen sich über die frische Verstärkung!

Besonderer Dank gilt auch Monica Gassner-Rusconi, die seit zehn Jahren das INWO-Sekretariat leitet.

Im Jahr 2019 hoffen wir auf neue Projekte und haben entsprechende finanzielle Mittel budgetiert. Nächstes Jahr feiern wir übrigens 30 Jahre INWO Schweiz!



Im nächsten Jahr feiert die INWO Schweiz ihr 30-jähriges Bestehen.



SCHWEIZ

## Kurzbericht der NWO Stiftung Belcampo 2018

### Kommunale Bodeninitiativen

In Binningen, Wila und Pratteln sind kommunale Bodeninitiativen nach dem Vorbild von Basel-Stadt ergriffen worden. Die Begehren in Sursee, Uster, Binningen und Pratteln sind noch hängig. Die Einzelinitiative in Wila wurde klar verworfen, die Änderung der Gemeindeordnung in Winterthur mit dem weitgehenden Verzicht auf Landverkäufe klar angenommen. Hier findet sich eine Zusammenstellung: [www.gemeingutboden.ch/bau-recht](http://www.gemeingutboden.ch/bau-recht). Die NWO-Stiftung Belcampo unterstützt die Initianten weiterhin mit einem finanziellen Zuspruch.

### Landkauf in Trubschachen perfekt

Anfang 2019 ist der Land- und Hofkauf der Genossenschaft SonnHas in Trubschachen BE zu Stande gekommen. Die NWO-Stiftung Belcampo wird der Genossenschaft demnächst ihr Darlehen überweisen. Die Genossenschaft will die Planung der ökologischen Holzbausiedlung zügig vorantreiben.

### Basler Bodenbuch unterstützt

Im Frühling 2019 erscheint das umfassende Buch der Basler Bodeninitianten zur Bodenrechtsproblematik. Unsere Stiftung hat das Werk mit einem finanziellen Beitrag sowie mit zwei Kapiteln aus der Feder ihres Präsidenten unterstützt. Die öffentliche Buchvernissage findet im Laufe des Frühlings in Basel statt.

### Leitfaden zu Baurechtsverträgen ist online

Das Infonetzwirk Gemeingut Boden hat im Herbst 2018 seinen Leitfaden für faire Baurechtsverträge

vorläufig abgeschlossen. Er richtet sich an Gemeinden mit vorab genossenschaftlichen Baurechtnehmern als Partner.

Der Leitfaden ist auf [www.gemeingutboden.ch](http://www.gemeingutboden.ch) einseh- und abrufbar.

### La Bola in Russo in neuen Händen

Der Stiftungsrat hat sich 2018 intensiv mit dem Angebot auseinandergesetzt, in Russo im Valle Onsernone ein Grundstück kostenlos zu übernehmen. Das wäre für unsere Stiftung nur in Frage gekommen, wenn sie eine Nutzerin für das zerfallene landwirtschaftliche Gebäude gefunden hätte und die beiden benachbarten Grundstücke ebenfalls hätte erwerben können. Weil in der knapp bemessenen Frist beides nicht gelungen ist, beschloss der Stiftungsrat im Herbst 2018, definitiv auf das Geschenk zu verzichten. Quasi in letzter Minute hat sich dann Ende Jahr eine Lösung ergeben. Die lokale Organisation Grana sana übernimmt La Bola. Sie widmet sich dem Anbau alter Getreidesorten.

### Nachwuchs für Stiftungsrat gesucht

Nach wie vor suchen wir Verstärkung für den Stiftungsrat. Besonders gefragt wären Raumplanerinnen oder Juristen. Auch will sich der Stiftungsrat in diesem Jahr mit Fragen seiner künftigen Tätigkeit und Organisation auseinandersetzen.

Heinz Girschweiler

Weitere Informationen: [www.nwo-belcampo.ch](http://www.nwo-belcampo.ch)

## WERDEN SIE INWO-MITGLIED!

Als Mitglied (CHF 100.- oder nach eigenem Ermessen) und als Gönner (aufgegründeter Mitgliederbeitrag) bilden Sie das finanzielle Fundament der INWO Schweiz und ermöglichen unser Engagement für ein nachhaltiges Finanzsystem sowie eine humane und gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

### INWO Schweiz

Postfach 3161  
5430 Wettingen 3  
Tel.: 056 426 60 90  
E-Mail: [buero@inwo.ch](mailto:buero@inwo.ch)  
Bankverbindung:  
Postkonto 30-1771-2  
IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2



**Gustav Landauer: Die drei Flugblätter des Sozialistischen Bundes. 4. korr. Aufl., Gustav Landauer Denkmalinitiative, Berlin 2018, Broschüre, 44 S., Bezug über: [gustav-landauer.org](http://gustav-landauer.org)**

Am 2. Mai 2019 jährt sich zum hundertsten Mal die Ermordung Gustav Landauers. Bei seiner Einlieferung ins Gefängnis München-Stadelheim wurde er nach bestialischer Misshandlung von Soldaten erschossen. Der konsequente Antimilitarist Landauer war



unmittelbar nach Kriegsende und Absetzung der Monarchie am 7. November 1918 nach München geeilt, um am revolutionären Neuaufbau mitzuwirken. Vom 7.-13. April 1919 bekleidete er in der ersten Münchener Räterepublik das Amt des Volksbeauftragten für Volksaufklärung, Unterricht, Wissenschaft und Künste. Die von ihm eingeleiteten Maßnahmen waren für die damalige Zeit ungeheuer fortschrittlich (z.B. Selbstverwaltung für Hochschulen und Kulturinstitutionen; Politische Bevölkerungsbildung; Einführung von Einheitsschulen und Abschaffung der Prügelstrafen). Sie machten ihn aber auch zum bevorzugten Hassobjekt nationalistisch-reaktionärer Kreise.

Nach der militärischen Eroberung Münchens am 1. Mai 1919 begannen Reichswehr und rechtsradikale Freikorps mit der brutalen Niederschlagung der Revolution. Schätzungen gehen von mehr als 1.000 Todesopfern aus. Die Zahl der Verhaftungen und anschließenden Prozesse betrug ein Vielfaches.

Gustav Landauer (\*1870) hatte über drei Jahrzehnte die anarchistische Bewegung im deutschen Kaiserreich an exponierter Stelle

mitgeprägt. Zu den stärksten Stücken seiner politischen Publizistik gehören »Die drei Flugblätter des Sozialistischen Bundes« (1908-1910). Komprimiert und eingängig bündeln sie wesentliche Momente eines Revolutionsprojekts, das ideengeschichtlich der Tradition des Tauschsozialismus folgt. Zu dieser Traditionslinie gehörten große Sozialreformer des 19. Jahrhunderts (z.B. Robert Owen, Pierre Joseph Proudhon). Auf ihr fußte aber auch Landauers Zeitgenosse Silvio Gesell (1862-1930). Im Denken von Landauer und Gesell schwingt dieselbe Grundmelodie. Beide verorten die Quellen kapitalistischer Ausbeutung in der gesellschaftlichen Zirkulationssphäre und im Privateigentum an Grund und Boden. Die Zinswirtschaft leitet Landauer aus einer monetären Funktionsverkehrung ab. Statt »Mittel des Tausches« ist das kapitalistische Geld »König und Erpresser« (S. 29). Die Zahlung des Zinses wird den arbeitenden Menschen in ihrer Funktion als Konsumenten abverlangt. Eine Strukturanalyse, die weitgehend mit der Geldtheorie Silvio Gesells harmonisiert (siehe Kapitel 5.2 der »Natürlichen Wirtschaftsordnung [NWO]« über den »Urzins« und seine Erhebung durch den kaufmännischen Zwischenhandel).

Systemisch abgesichert wird das fehlerhafte Getriebe durch die eigentumsrechtliche Monopolisierung von natürlichen Ressourcen. In seiner Kritik unterlegt Landauer die ökonomische Argumentation mit naturrechtlichen Erwägungen: Der Boden und seine Schätze sind keine Kapitalgüter. Da sie nicht von Menschenhand geschaffen wurden, gehören sie rechtmäßig der Allgemeinheit. Auch in dieser Frage steht Landauer nahe bei Gesell (siehe Kapitel 2.5 der »NWO«).

Landauers Therapieansätze sind eigenständig. Als antiautoritärer Sozialist fordert er einen föderalen Neuaufbau von den kleinsten sozialen Einheiten her auf Basis individueller Selbstbestimmung und freier Vereinigung. Daher geht es ihm um den aktiven Aufbau ökonomischer Gegenstrukturen in Konsum-, Produktions- und Siedlungsgenossenschaften. »Wir wollen nach Möglichkeit aus dem Kapitalismus austreten; [...] wir wollen, soweit es geht, und es wird immer besser gehen, wenn wir nur erst beginnen, alle unsere Bedürfnisse selbst herstellen und bald auf unsrem neuen, dem sozialen Markte tauschen und den kapitalistischen vermeiden« (S. 32). In seiner ordnungspolitischen Zielvorstellung umreißt Landauer ein sich permanent revolutionierendes Sozialleben »in gerechter Wirtschaft« (S. 31). Über vielfältige Zusammenschlüsse in Gemeinden, Kreisen und Provinzen sollen die Menschen gemein-

schaftlich zusammenwirken und den Landbesitz periodisch immer wieder neu aufteilen. Dem Freiland-/Freigeld-Ansatz der »NWO« widersprach diese Konzeption nicht grundsätzlich. Weder für Gustav Landauer noch für Silvio Gesell war es ein Problem, in der ersten Münchener Räterepublik in verantwortlicher Position zusammenzuarbeiten. Ein Engagement, das Landauer unter den Stiefeln einer antisemitisch aufgehetzten Soldateska mit dem Leben bezahlte.

Markus Henning

**Uwe Burka: Jeder kann die Zukunft mitgestalten, IL-Verlag Basel und Hof Mayzyl, Uwe Burka 2017, 290 Seiten, ISBN: 978-3-906240-68-8.**

**Gratis-Download unter: [aktivzukunft sichern.com/Buch.pdf](http://aktivzukunft sichern.com/Buch.pdf)**

Im Vorwort schreibt Udo Herrmannstorfer, Uwe Burka biete eine breite Palette von Handlungsalternativen, und der Autor ergänzt, dass man an einer Umgestaltung des eigenen Lebens nicht vorbeikomme. Dazu gehört für ihn die Wahl einer gemeinwohlorientierten Arbeit, ein bewusstes Konsumverhalten, der bewusste Umgang mit Geld, das Schenken von Geld und auch von Aufmerksamkeit. Bereits hier erwähnt Burka auch, dass er das »Schuldgeld-System« als verantwortlich für Wachstumszwang, Umweltzerstörung, soziales Elend, Kriege, Flüchtlingsströme usw. ansieht. Er schlägt stattdessen eine Vollgeld-Reform vor. (S. 185)

Die Rolle der Natur, die Bedeutung ökologischer Landwirtschaft und des Humusaufbaus, aber auch Handwerk, Kunst und ein »gesundes Sozialleben« haben für Burka großen Stellenwert. Diese Bereiche, die für die Entwicklung von Kreativität und Verantwortungsbewusstsein so wichtig sind, kommen für ihn im Umgang mit Kindern und im staatlichen Bildungssystem viel zu kurz. »Die ökologischen und wirtschaftlichen Krisen wachsen rasant, aber noch schlimmer sind die menschlichen Katastrophen, die sich dadurch zusammenbrauen.« (S. 21) Burka kritisiert die globale Aufrüstung und die Polarisierung gegen Russland, die zugunsten der USA parteiische Rolle der großen Medien, ebenso die zunehmenden Abhängigkeiten von zentralisierten Machtstrukturen in Politik, Finanzwirtschaft und Medien, die Bedeutung der »Schwachstelle Computernetz« (S. 40) als geeignetes Ziel für destabilisierende Angriffe. Burkas Schlussfolgerung: Ein Bewusstseinsprung sei notwendig. (S. 41)

Der dann folgende »1. Teil: Bewusst im Leben stehen« beginnt mit der Frage: Warum brauchen wir eine zukunftsfähige Geld- und Wirtschaftsordnung? Es folgt eine kurze Zusammenfassung der Folgen des jetzigen Systems, verbunden mit Kritik an der »Finanzindustrie«, die mittlerweile den Großteil aller Rohstoffquellen, Fabrikationsanlagen, Transportsysteme und Handelsketten wie auch zunehmend mehr ehemals staatliche Grundstücke (S. 48-51) besitze. Ausgehend von den Menschenrechten fächert Burka dann die bereits genannte »breite Palette von Handlungsalternativen« auf. Diese vielfältigen Anregungen beanspruchen keine Originalität, sie setzen auf ganz unterschiedlichen Ebenen an, wobei Energie und ökologischer Landbau eine herausragende Rolle spielen. Assoziatives Wirtschaften als gemeinsamer Prozess von Verbrauchern, Produzenten, Vertretern von Landwirtschaft und Rohstoffgewinnung, Regionalentwicklung mit Hilfe von »Zukunftswerkstätten« sowie dezentrale Entwicklungshilfe sind weitere Stichworte. In Burkas Biographie am Ende des Buches werden diese Möglichkeiten sehr schön deutlich. Leider wirkt dagegen der »2. Teil: Geld ver-



stehen und damit gestalten lernen« eher blass und unbefriedigend. »Auf die Größe und Qualität unseres Bewusstseins, unseres Geistes kommt es an, damit wir Geld richtig verstehen und damit umgehen können.« (S. 143) Das trifft in einer Weise sicher zu – für die Durchsetzung der dafür notwendigen institutionellen Änderungen braucht es jedoch das Mitwirken von Politik und Zentralbanken. Im Abschnitt »Ein realitätsbezogenes Geld« bezeichnet Burka diese institutionelle Änderung als »Abschreibung des Geldes«, was einem »Negativzins« gleichkomme und als »Rosten« oder »Altern« des Geldes bereits von Silvio Gesell und Rudolf Steiner vorgeschlagen wurde. Es ist zu wenig, nur die »Profitsucht vieler Manager« oder die »Billigkäufe« der Bürger (S. 139) zu kritisieren. Auch die Idee des »Schenkengeldes« kann jenseits von moralischen Appellen entstehen: Wenn aufgrund des Umlaufimpulses und der

Überfülle von Anlagesuchenden Geldmitteln diese negativ verzinst werden und auch das Sparmotiv der Zukunftssicherung gesättigt ist, aber trotzdem hohe (Arbeits-)Einkommen vorliegen – dieses Szenario kann durchaus eintreten! – ist es nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll, Geld zu verschenken.

Burka sieht auch nicht, dass Finanzspekulation durch den negativen Zins, der ja zunächst gerade kurzfristig festgelegte Mittel wie z.B. Giro Guthaben belastet, an Reiz verliert, denn für Finanzspekulation braucht es große Summen, so dass selbst moderate Negativzinsen unangenehm spürbar werden. Leider taucht an verschiedenen Stellen (S. 199, 226) die Forderung eines Zinsverbots auf. Dabei ist doch gerade die Bewegung des Zinssatzes ein Resultat bestimmter Mechanismen. Verbote sind da wirkungslos.

Die große Problematik des Bodens bzw. generell der Natur, womit gegenwärtig so zerstörerisch umgegangen wird, lässt sich auch nicht nur moralisch durch Bewusstseinswandel entschärfen, sondern es braucht auch hier (finanzielle) Instrumente. Neben moralischen Appellen an die Individuen ist Information über Sachzusammenhänge wichtig, die gerade im Teil 2 eher zu kurz kommt. Manche Überschriften (»Investmentunternehmen – schlimmer als die Banken«, »Banken an die Leine nehmen«) bergen in sich die Gefahr der Erzeugung von Feindbildern, so auch die Zeichnung auf S. 173: ein schwarzer Mann, der die Bezeichnung »Bank, Börse« trägt. Im Abschnitt »Steuer(ungs)möglichkeiten« sind einige Steuern aufgezählt, leider fehlt die gerade in Deutschland gegenwärtig hochaktuelle Bodenwertsteuer als Maßnahme.

Der Autor nennt mehrfach Silvio Gesell und Rudolf Steiner. Gesell habe in erster Linie auf gesetzliche Maßnahmen gesetzt, Steiner hingegen mehr auf einen breiten Bewusstseinswandel. Obwohl sich der Autor eher an Steiner orientiert, fordert er doch mehrfach Verbote – z.B. »Entweder müssen diese spekulativen Aktivitäten ganz verboten werden oder mit so hohen Steuern belegt werden« (S. 197) oder das bereits genannte Zinsverbot. Burka bleibt damit hinter den Vorschlägen von Steiner und Gesell zurück.

Wahrscheinlich ist ein Bewusstseinswandel notwendig, um die Zukunft in lebensdienlicher Weise zu gestalten. Das Verdienst des Buches ist es, hierfür praktische Vorschläge anzubieten.

Alwine Schreiber-Martens

**Brigitta Gerber und Ulrich Kriese (Hg.): Boden behalten – Stadt gestalten, rüffer & rub 2019, ca. 420 Seiten, CHF 28.00, € 23.50 ISBN 978-3-906304-50-2**

Ein beträchtlicher Teil der Bodenfläche gehört der öffentlichen Hand, also den Bürgerinnen und Bürgern. Und dieser Boden soll nachhaltig bewirtschaftet und nicht ausverkauft werden. Der Druck von Großinvestoren, auch aus dem Ausland, wird jedoch immer größer: Denn Bo-



den ist begehrt, wertsicher und nicht vermehrbar.

Das Thema »Boden behalten – Stadt gestalten« ist zurzeit eine der großen Herausforderungen, die unsere Gesellschaft beschäftigen sollte – aber noch nicht überall tut. Aus der Perspektive von mehr als 30 Autorinnen und Autoren beleuchtet das vorliegende Buch die »Bodenfrage« in der Schweiz und im Ausland, beschreibt historische wie zeitgenössische Beispiele und bietet eine Handreichung für Akteure in Städten, Gemeinden und Zivilgesellschaft.

Wichtige Themen sind Städtisches Bodenmanagement und (Erb-)Baurecht – Wo liegen die Herausforderungen und welche Ideen und Akteure bestimmen die Debatte in der Schweiz und international? In einem Schwerpunkt wird die erfolgreiche »Basler Bodeninitiative« vorgestellt, und zwar von der Idee und dem konkreten Anliegen über den Regierungsratsbeschluss, die parlamentarische Beratung bis zu deren Neulancierung und der Abstimmung darüber. Zusätzlich werden erste praktische Erfahrungen mit Bodeninitiativen aufgearbeitet, die dem Basler Vorbild gefolgt sind. Die ausführlich dokumentierten neueren Erfahrungen in anderen schweizerischen Städten und Gemeinden zeigen, was eine informierte und engagierte Zivilgesellschaft erreichen kann.

**Mit Beiträgen von** Brigitta Gerber, Ulrich Kriese, Heribert Prantl, Gabriel Brönnimann (Interview mit Jaqueline Badran), Sebastian Benthous & Hans-Georg Heimann, Markus Giger & Stephan Rist, Ernst Waldemar Weber, Matthias Wiesmann, Kornel Ringli, Peter Schmid, Lilli Bauer, Werner T. Bauer, Andrew Purves, Sabine Horlitz, Dirk Löh, Uwe Zahn (Interview mit Heinz Girschweiler), Felix Walder, Friederike Bock & Matthias Nagel, Info-Netzwerk Gemeingut Boden, Markus Ritter, Sylvia Claus, Christian Wyss, Claudia Bosshardt, Andreas Herbst, Daniel Gelzer & Ivo Balmer, Hans Furer, Barbara Neidhart, Jörg Vitelli, Heinz Girschweiler, Daniela Brahm, Bernadette-Julia Felsch, David Matthée, Dirk Löh & Stefan Hertweck.



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.  
Postfach 90 02 06  
60442 Frankfurt am Main  
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de)



## Aufnahmeantrag

### Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich \_\_\_\_\_ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse  
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

\_\_\_\_\_  
Telefon  
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum bzw. Jahrgang

\_\_\_\_\_  
Beruf/Tätigkeit

### Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

Faltblatt  Bekannte  Internet  Vortrag  Seminar  Sonstiges \_\_\_\_\_

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an die oben angegebene Adresse.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

**Einzugsermächtigung:** Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

**Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_

Name des Kreditinstituts oder BIC: \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_



# »Grundsteuer: Zeitgemäß!« - Wie geht's weiter?

**D**as neue Jahr beginnt so, wie das alte Jahr endete: mit reichlich Ungewissheit darüber, ob und wie eine verfassungsfeste Reform der Grundsteuer bis Ende 2019 gelingen kann. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat Ende November sein überaus kompliziertes Modell vorgestellt, das eine Gebäudebesteuerung weiterhin vorsieht. Indem Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Ertragswerte der Gebäude und die Mieten der einzelnen Wohnungen zur Bewertungsgrundlage erklärt, installiert er einen Automatismus: Die Höhe der Grundsteuer steigt dann künftig mit dem Gebäudewert und den Mieten. Das verteuert das Wohnen vor allem für Mieter und Wohnungseigentümer in Mehrfamilienhäusern. Mit einer reinen Bodensteuer ließe sich das größtenteils vermeiden. Denn eine reine Bodensteuer verteilt sich auf alle Wohneinheiten eines Grundstücks, was das Wohnen in Mehrfamilienhäusern begünstigt. Scholz' Modell bedeutet außerdem, dass Neubauten und bauliche Investitionen steuerlich bestraft und das Nichtstun und Brachliegenlassen von baureifen Grundstücken steuerlich begünstigt würden. Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, erklärt: »Die Einbeziehung der Gebäude und Wohnungen in die Grundsteuer lehnen wir strikt ab, weil dies zu teils erheblichen Höherbelastungen bei Mieterhaushalten führen würde. Nur mit einer reinen Bodensteuer erreichen wir, dass die Mehrzahl der Mieter tatsächlich keine Mehrbelastungen erfahren und viele sogar entlastet würden.«

Auch von einigen Ländern hagelte es sofort Kritik, und auch der Koalitionspartner im Bundestag steht Scholz' Vorschlag ablehnend gegenüber. Anfang Februar verständigten sich Scholz und seine Länderkollegen zwar in Ablehnung an dieses sog. »wertbasierte Modell« auf einige Eckpunkte. Aber auch dieser scheinbare Kompromiss bröckelt bereits wieder. Die Union fordert im Schulterschluss mit den Immobilienverbänden, die Grundsteuer in eine maximal ungerechte Einheits-Flächensteuer umzuwandeln. Da sich beide Positionen unversöhnlich gegenüber stehen, bleibt zu hoffen, dass sich alle Beteiligten womöglich noch auf die reine Bodensteuer als »dritten Weg« verständigen.

Prof. Dr. Simon Kempny (Rechtswissenschaftler der Uni Bielefeld) und Prof. Dr. Dirk Löhr, Umweltökonom, Mitinitiator des Aufrufs) haben einen Aufsatz fertig gestellt, der voraussichtlich in Kürze in der Zeitschrift Deut-

## Reader zur Grundsteuerreform

Anfang 2019 erschien im Verlag Thomas Kubo ein von Ulrich Kriese, Dirk Löhr & Henry Wilke herausgegebener umfangreicher, über 400 Seiten starker Sammelband zum Thema Grundsteuer und Bodenreform. Dieser Reader bietet sowohl Grundlagentexte zur Bodenreform als auch spezifische Erläuterungen zum Vorschlag der Bodenwertsteuer.

Wir empfehlen allen Unterstützern von »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, sich ein Exemplar als Argumentationshilfe anzuschaffen. Der Band, der 18 Euro kostet, eignet sich auch zum Weitergeben an Multiplikatoren, Freunde und Bekannte.

Bestellungen direkt beim Verlag:  
E-Mail: [verlag@thomaskubo.de](mailto:verlag@thomaskubo.de)



sches Steuerrecht (DStR) erscheinen wird. Dieser Aufsatz beschreibt die rechtstechnischen Eckpunkte eines Bodenwertsteuergesetzes und kann als Basis für ein Bodenwertsteuergesetz dienen, das in kürzester Zeit verfasst werden kann.

## Buchveröffentlichung Grundsteuer: Zeitgemäß! Der Reader zum Aufruf

Der Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!« präsentiert freudig seine erste Buchveröffentlichung! Herausgegeben von Ulrich Kriese, Dirk Löhr und Henry Wilke fasst »Der Reader zum Aufruf« Beiträge von mehr als 20 Autoren zur Grundsteuerreform und Bodenwertsteuer zusammen. Der 400-seitige Reader ist soeben erschienen und kann über den Verlag Thomas Kubo bestellt werden.

## Erklärfilm Bodenwertsteuer in 150 Sekunden

In Zusammenarbeit mit dem NABU e.V. entstand ein kurzer Erklärfilm zu Grundsteuerreform, der die Vorteile der Bodenwertsteuer

für den Wohnungs- und Städtebau anschaulich darstellt: [youtube.com/watch?v=YuWB CxjJ4mc](https://youtube.com/watch?v=YuWB CxjJ4mc)

## Rundschreiben Brief an alle rund 11.300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Unser Bündnis hat im Dezember alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der knapp 11.300 Städte und Gemeinden in Deutschland angeschrieben und bei ihnen um Unterstützung geworben. Das Schreiben nennt die wichtigsten Argumente für eine Bodenwertsteuer und ist unterzeichnet von Olaf Tschimpke (NABU-Präsident), Dr. Franz-Georg Rips (Präsident Deutscher Mieterbund) sowie Prof. Dr. Detlef Kurth (Vorstandsvorsitzender Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung). Seitdem haben sich unserem Aufruf bereits zahlreiche weitere Städte und Gemeinden angeschlossen.

Am 11. März wurde noch einmal ein Brief an die Finanzminister, Ministerpräsidenten und Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag verschickt.

## Was Sie jetzt tun können: Sprechen Sie Ihre/n Abgeordnete/n und Ihre Bürgermeister/in an!

Die Grundsteuerreform steht jetzt überall auf der politischen Tagesordnung. Deshalb: Sprechen Sie jetzt Ihre/n Wahlkreisabgeordnete/n und ihre/n Bürgermeister/in an, auch mit Verweis auf die Rundbriefaktion und die Internetseite [grundsteuerreform.net](http://grundsteuerreform.net)! Bitten Sie um einen Gesprächstermin, schreiben Sie einen Brief oder eine Email, werben Sie für die Reformoption Bodenwertsteuer.

## Wie geht es weiter? Kampagnenarbeit 2019

Die Finanzierung für die Arbeit in der hauptamtlichen Geschäftsstelle des Aufrufs ist für das Jahr 2019 noch nicht vollständig gesichert. Unsere Kampagne ist daher weiterhin auch auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Mit Ihrer Spende (gern auch online!) unterstützen Sie unmittelbar und ausschließlich unsere Arbeit für eine zeitgemäße Grundsteuer.

Ihr Team von »Grundsteuer: Zeitgemäß!«

Koordination »Grundsteuer: Zeitgemäß!«  
c/o NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V.  
Charitéstraße 3  
10117 Berlin  
E-Mail: [ulrich.kriese@nabu.de](mailto:ulrich.kriese@nabu.de)



**Unser heutiges Geld vermittelt ... den Austausch der Waren nur unter Erhebung einer Abgabe. Ist der Markt die Straße, auf der die Waren ausgetauscht werden, so ist das Geld der Schlagbaum, der nur nach Zahlung des Wegegeldes erhoben wird.**

**Silvio Gesell in: Gesammelte Werke Bd. 11, S. 183.**